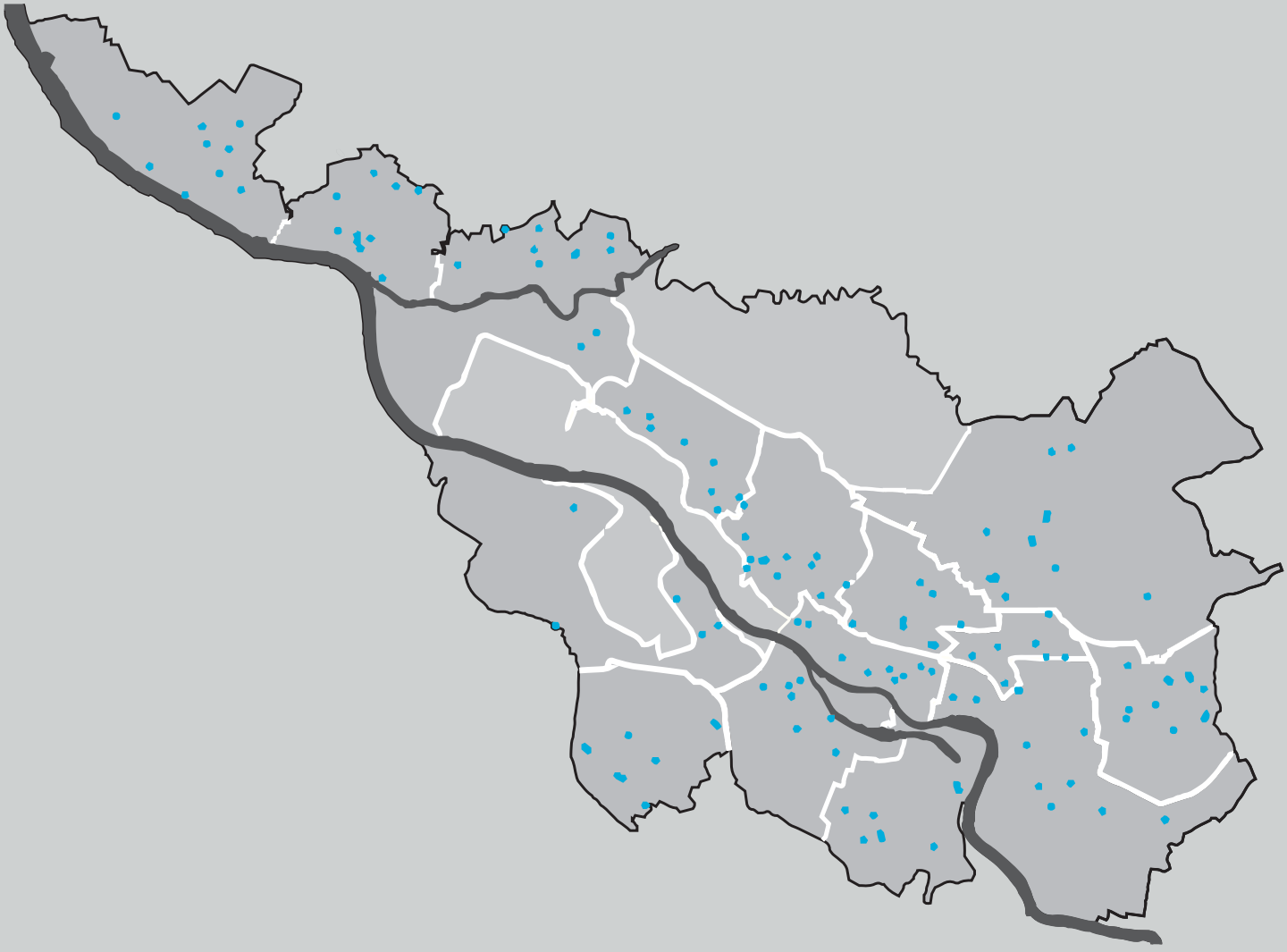
BLZ
Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Bremen
07/08-2015
Juli/August

SCHULSTANDORTE



GESAMTPLAN & UMGESTALTUNGEN

GEW

Griechenland am Abgrund

Gerd Bock
Attac und Sympathia, deutsch-griechische Solidarität Bremen

■ Das Mantra der undankbaren Griechen

Im ständigen Hin- und Her der Verhandlungen mit der neuen griechischen Regierung wird uns in den Medien ein roter Faden zur Orientierung geboten:

»Die Griechen« haben ihre Krise selbst verschuldet – es ist unfair, wenn sie auf die EU oder gar auf Deutschland zeigen, die ihnen mit vielen Milliarden geholfen haben. Wenn die Milliardenhilfe weitergehen soll, dann nur, wenn »die Griechen« endlich die notwendigen Reformen umsetzen und sich damit an die Regeln halten. Unverantwortlicherweise sperre sich aber die neue Regierung dagegen und halte an ihren teuren Wahlversprechen fest.

Dieses Mantra beten in Deutschland nahezu alle Politiker vor, fast alle Printmedien und Privatsender käuen es wieder und es tönt – bis auf wenige Ausnahmesendungen – aus allen Nachrichten und Talkshows der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Nicht nur durch ihre Omnipräsenz wirkt diese Darstellung. Sie verweigert konkrete Informationen. Zugeschnitten auf die unterschiedlichen Zielgruppen nutzt sie Vorurteile oder schürt Ängste. Und auch die kritischen Teile der deutschen Mittelschichten sollen verunsichert werden: Die neue Regierung bleibe dem korrupten System verhaftet und wolle weder die Reichen (Reeder) besteuern noch die Militärausgaben kürzen. (Hier wird verdreht und auch gelogen). Das irritiert und lässt die angebotenen Erklärungsmuster plausibel erscheinen.

Hilft Aufklärung dagegen? Versuchen wir's.

Solidaritätsdemonstration in Bremen am 03.07.2015
Foto: attac

Griechenlandrettung? Eine Medizin mit tödlichen Nebenwirkungen

Nicht Griechenland wurde gerettet, sondern die Gläubiger Griechenlands, das waren vor allem Banken (zuvörderst französische und deutsche). Ein Staatsbankrott 2009 hätte die Gläubiger getroffen und den Griechen einen Neustart ermöglicht. Von den bisher rund 220 Mrd. Euro »Rettungsgeldern« landeten nur 10% im griechischen Haushalt, 90% schuldeten lediglich von den Privatgläubigern zum Rettungsfond um (für den die europäischen Steuerzahler bürgen) und zum IWF. Selbst der »kleine Schuldenschnitt« im Okt. 2011 schädigte mehr die griechischen Sozialkassen (die zwangsweise Staatsanleihen besaßen) und kaum private Gläubiger. Diese hatten zu Ramschpreisen Staatsanleihen gekauft. Da aber nur der höhere Nennwert um ein Drittel gesenkt wurde, betraf es sie nicht.

Was war das Programm der Troika und was erreichte es?

Staatsverschuldung absolut: vor der Finanzkrise (2008): 263 Mrd.; 2011 (ein Jahr nach dem 1. Rettungspaket): 356 Mrd; 2014: 317 Mrd.

Hier zeigt sich der Erfolg der Sparpolitik: Die Troika zwang die verarmende griechische Gesellschaft nicht nur zu Zinszahlungen, sondern auch zu Tilgungen. Der griechischen Gesellschaft verordnete man die Schockstrategie der Austeritätspolitik. Ihr Mechanismus ist einfach: Der Staat gibt weniger aus – spart also bei allen Sozialausgaben und durch Entlassungen seiner Beamten – und erhöht die Einnahmen durch Steuererhöhungen und den Verkauf von Staatseigentum. Die Arbeitnehmer wurden weitgehend entrechtet (Tarifrecht, teilweise Streikrecht) und die Löhne brutal gekürzt.

»Soziale Verwerfungen« hatte man eingeplant, aber der Schock, der die griechische Wirtschaft lähmen würde, kam in diesem Ausmaß auch für die neoliberalen Ökonomen überraschend. Von der Verbilligung der Arbeit hatten weder die vielen kleinen Selbständigen etwas, zu Tausenden mussten sie ihre Geschäfte schließen, noch wollten Unternehmen in der Krise investieren, im Gegenteil, viele verließen das Land.

Die Wirtschaft brach ein: Das BIP sank zwischen 2008 und 2013 um 26% ebenso die Einnahmen des Staates: Der Anteil der Staatsschulden am BIP stieg von 146% auf 175%.

Und so soll es weitergehen:

Die »Regeln sind einzuhalten«! Das heißt: Zinsen und Schulden sind zu bezahlen – koste es die griechische Bevölkerung was es wolle. »Hilfe« heißt Umschuldung und Strukturreformen heißen Staatsausgaben senken, Steuern erhöhen, Arbeit verbilligen.

Die griechische Bevölkerung – von den wirklich Reichen abgesehen – hat die Zeche zu bezahlen: Massenarbeitslosigkeit, besonders der Jugend, wie seit der Weltwirtschafskrise nicht mehr; massenhafter Absturz in absolute Armut, weil der schwache griechische Sozialstaat zerfleddert wurde; Suppenküchen, wachsende Obdachlosigkeit; unterernährte Kinder, die auf Schulspeisung angewiesen sind; Zunahme von Depressionen und Selbstmorden. Über ein Drittel der Bevölkerung ist ohne Krankenversicherung. Oft ernähren nur noch die Rentner ihre Familie mit ihrer gekürzten Rente. Nach Schließung von hunderten Kliniken, Massenentlassungen von Krankenhauspersonal und weiteren finanziellen Kürzungen herrschen desaströse Zustände im Gesundheitswesen: Medikamente, nicht nur teure Krebsmedikamente fehlen, Angehörige bringen Verbandszeug, Spritzen und Lebensmittel mit und versorgen ihre Kranken. Die Kindersterblichkeit steigt. Epidemien, die schon verschwunden waren, kamen wieder (z.B. Malaria, West Nil Virus). Im Bildungswesen wurden die europaweit niedrigen Gehälter der Lehrer gekürzt und Tausende entlassen. Kitas und Schulen, besonders Berufsschulen, wur-

Fortsetzung auf Seite 30

moment mal

»Herr Lüg, ich weiß nichts, und Sie wissen gar nichts!«

So antwortete der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner dem Journalisten Ernst-Dieter Lueg nach der Bundestagswahl 1976 auf die Frage nach der zukünftigen Regierungsbildung. Ähnlich geht es der BLZ noch mit dem neuen Ressortzuschnitt und der Neubesetzung des Senatorenamtes.

Eva Quandte-Brandt hatte sich nach drei Jahren in das Bildungsressort eingearbeitet. Aus gewerkschaftlicher Sicht hat sie zumindest keine neuen bildungspolitischen Abenteuer vom Zaun gebrochen und die Courage gehabt, auf den Personalversammlungen Rede und Antwort zu stehen. Die Unterfinanzierung der Bildung hat sie nicht zugegeben, möglicherweise aus Partei- und Senatsdisziplin. Nun gibt sie den Bildungsbereich ab, behält aber das Wissenschaftsressort. Mit »Kinder und Bildung« wird ein neues Ressort unter Claudia Bogedan eingerichtet.

Der Weser-Kurier schrieb am 28. Juni: »Die SPD hat sich durchaus erneuert«. Das bedeutet also aus Sicht des WK »Erneuerung«: Umorganisation der Behörden und Neubesetzung von Ämtern. An der Grundausrichtung der Politik, die bei den Wahlen abgestraft wurde, ändert sich zunächst leider nichts. Dabei ist offensichtlich: Ohne eine bessere Bildungsfinanzierung, ohne Rahmenbedingungen, die nicht zu einer permanenten Überlastung der Schulen führen, wird es jede Bildungssenatorin schwer haben. j.b.

In-Team

Wilfried hat eine interessante Meldung aus den »Schleswiger Nachrichten« entdeckt: »Nach einem zweitägigen Streik der Oberstufen-Schüler an Dom- und Lornsenschule haben sie in ihrer Vollversammlung nun eine Resolution verfasst ... Darin beschweren sie sich, dass die Kieler Bildungspolitik »teilweise dem Wirtschaftsbedarf angepasst ist«. Sie fordern,»erheblich mehr Gelder für den Bildungsbereich freizustellen, um eine Ausbildung zu gewährleisten, die losgelöst von wirtschaftlichen Einzelinteressen ist«. Falls Kultusminister Braun nicht bereit sei, den Forderungen nachzukommen, würden sich die Schüler laut Resolution gewerkschaftlich organisieren.«

»Das könnten wir doch bringen«, war die Meinung der Redaktion. Wilfried ergänzt: »Das erschien unter der Rubrik »Vor 45 Jahren«. Und bei dem Streik war ich selbst dabei.« Wilfried hat die Drohung von damals wahr gemacht. j.b.

Planung

Heft 09/10-2015: Lernen und neue Medien
Redaktionsschluss: 14.09.2015

Bildung – Politik – Gesellschaft

19 Ende eines Dienstgesprächs
P. Grothe

20 Lage der Honorarkräfte
H. Kuckero

21 Flüchtlingsbeschulung
K. Krüger

22 Pensionskürzungen
I. Mittrowann

23 Personalratsarbeit
D. Schulz

24 Inklusion in Bremerhaven
Interview

26 Unterwerfung als Freiheit
K. Eicker-Wolf

Schulstandorte

7 Vorwort
J. Burger

8 Schulstandortplan
J. Burger

10 Schulraum neu denken
F. Behrens/A. Havliza

12 Bedingt sportbereit
K. Krüger

14 Abriss einer Schule
Fotos v. M. Viebrock

15 Oberschule Ohlenhof
W. Meyer

16 Schulkonzepte und Schulbauten
J. Burger

Rubriken

2 Griechenland am Abgrund
G. Bock

4 Landesvorstand

27 Gratulationen

28 Buchtipps

30 Frischluft

31 Hinweise

32 Termine

BLZ

Juli/August 2015
63. (75.) Jahrgang

Impressum:
BLZ Landesverband Bremen der GEW
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen
Tel. 0421-337 64-0
Fax 337 64 30
blz@gew-hb.de
http://www.gew-bremen.de
http://www.gew-bremerhaven.de
Geschäftszeiten:
Mo-Do 8.00-12.30 Uhr
und von 13.00-16.00 Uhr
Fr 8-14 Uhr

Redaktion:
Jürgen Burger
Tel.: 0421-7 11 53
burger@gew-hb.de

Ingrid Emmenecker
Tel./Fax: 0421-70 12 66
ingrid_emmenecker@web.de

Karsten Krüger
Tel.: 0421-794 22 25
kruega@aol.com

Wilfried Meyer
Tel. 0170-295 39 84
wilfmey@t-online.de

»Termine und Hinweise«:
Ferdinand Berghorn
Tel.: 0421-491 90 33
Fax: 0421-494 03 33
Georg_Berghorn@t-online.de

Mitarbeit:
Jan Ströh

Titelblatt:
Dr. Matthias Duderstadt
Tel.: 0421-70 16 92

Korrektur:
Gerhild Fiege

Herausgeber:
Landesverband Bremen der GEW

Verlag:
Geffken & Köllner
Druck- und Verlagsgesellschaft
Sedanstrasse 87/89
28201 Bremen
Tel. 0421-55 70 8-0
Fax 55 70 8-22
ISDN (Leonardo): 55 70 8-21

Anzeigen:
AWB Anzeigen Werbung Berghorn
Loignystr. 27
28211 Bremen
Tel.: 0421-491 90 33
Fax: 0421- 494 03 33
Mobil: 0179-706 59 72
Georg_Berghorn@t-online.de
Z.Zt. gültige
Anzeigenpreisliste Nr. 16
vom 01.01.2010
Anzeigenschluss:
Am 30. des Vormonats

Der Bezugspreis der Bremer Lehrerzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,- € zuzüglich Zustellgebühr inkl. Mwst.
Die mit dem Namen der VerfasserInnen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach Information der Redaktion

■ Am 6. Bremer Oberschultag von GEW und GGG am 23. Juni 2015 diskutierten über 110 Pädagog*innen und Eltern über die bisherige Entwicklung der Oberschule und ihre weitere Perspektive. In diesem Sommer gibt es die ersten Abschlusszeugnisse für Oberschüler*innen an den 7 Starterschulen. Die Schulentwicklung ist dort aber keineswegs abgeschlossen. Die meisten Oberschulen in Bremen und Bremerhaven befinden sich weiter im Aufbau. An allen Oberschulen werden bisherige Konzepte ausgewertet und überarbeitet.

Sechs Jahre Oberschule

Schulentwicklung fortsetzen und finanziell absichern!

Harry Eisenach

Bremen – Der Bremer Schulkonsens endet in dieser Legislaturperiode der Bürgerschaft. Das bisherige 2-gliedrige Schulsystem mit Oberschule und Gymnasium muss analysiert werden. Zukunftsentscheidungen sind politisch zu treffen.

GEW-Landesvorstandsmitglied Kai Reimers erklärte auf dem Oberschultag, dass Schüler*innen nach der Grundschule je nach Schulleistungen und Bildungschancen real auf 4 Schularten sortiert werden: die einfache Oberschule ohne angeschlossene Oberstufe, die Oberschule mit angeschlossener Oberstufe, das Gymnasium oder die Privatschule. Als Ziel der weiteren Schulentwicklung formulierte er: »Die einzige Perspektive eines Schulsystems, die einer demokratischen Gesellschaft würdig ist und die allen Schülern zumindest vergleichbare Bildungschancen und soziale Teilhabe gewährt, ist die der einen Schule für alle. Die Oberschule ist und bleibt nur eine Etappenlösung.«

Zu Beginn des Oberschultages fand eine Podiumsdiskussion unter dem Titel »6 Jahre Oberschule: Haben sich die Erwartungen erfüllt?« statt, an der Lehrer*innen, Schulleiter, Andrea Spude vom Zentralelternbeirat und Lars Nelson von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft teilnahmen. Es wurde festgestellt, dass die Kolleg*innen eine enorme Entwicklungsarbeit geleistet haben, für die sie anfangs in geringem Umfang Entlastungsstunden bekamen. Diese Entlastungen sind nach 6 Jahren Oberschule gestrichen worden, obwohl die hohe Arbeitsbelastung die Gesundheit vieler Lehrkräfte beeinträchtige. Die Arbeit zur Konzeptentwicklung und -überarbeitung müsse aber fortgesetzt werden.

Außerdem ist die Oberschule eine Teamschule mit Kooperationen zwischen allen beteiligten Lehrkräften, Sozialpädagog*innen, pädagogischen Mitarbeiter*innen, Eltern und außerschulischen Ansprechpartnern.

Einhellig wurde festgestellt, dass die Beteiligten dafür zu wenig oder keine Zeit neben ihrer Haupttätigkeit haben.

Für die weitere Schulentwicklung und Kooperationszeit fordern GEW und GGG deshalb die politisch Verantwortlichen auf, zusätzliche Finanzmittel für ausreichende Entlastungen zur Verfügung zu stellen. Als zweiten wichtigen Kritikpunkt an der bisherigen Schulentwicklung bemängelten die Beteiligten die schlechte Ausstattung bei der Inklusion, die zeitgleich und ohne Vorbereitung mit Oberschulreform eingeführt wurde. Hier ist zusätzliches Personal dringend erforderlich. Die bei der Inklusion tätigen Pädagogen fühlen sich von denen, die die Inklusion politisch beschlossen haben, im Stich gelassen.

Podiumsdiskussion auf dem Oberschultag

Die BLZ auf der neuen Homepage der GEW

Die GEW Bremen hat eine neue Homepage. Auch hier kann die BLZ direkt auf der Startseite angeklickt werden. Sodann erscheint das Titelbild mit einer Themenliste. Die einzelnen Artikel können dann mit dem Befehl »Weiterlesen« aufgerufen werden. Gekürzte Artikel werden hier ungekürzt eingestellt. Außerdem steht daneben immer die Druckfassung als PDF.

An dieser neuen Homepage ist lange gearbeitet worden. Die GEW Bremen ist jetzt auch im Internet wieder auf dem Stand der Technik. Das bedeutet:

- unsere Seiten sind endlich barrierefrei und lassen sich auch auf Mobilgeräten gut anschauen,
- unsere Inhalte lassen sich mit wenigen Klicks in den sozialen Netzwerken teilen.

Forderungen der Grundschul-Personalversammlung

■ Am 9. Juni haben ca. 1000 Beschäftigte der Bremer Grundschulen auf einer viel beachteten Personalversammlung folgende Resolution verabschiedet, die anschließend von einer spontanen Demonstration in der Bildungsbehörde überreicht wurde:

Die Grundversorgung der Schulen ist mangelhaft und den Bedarfen nicht angepasst!

Im Vergleich der Stadtstaaten liegt Bremen weit zurück. An den öffentlichen Schulen gaben 2014 Hamburg und Berlin 7400 € pro SchülerIn aus. In Bremen waren es nur 6300 €. **Um dieses Defizit auszugleichen, fehlen an den öffentlichen Grundschulen rein rechnerisch durchschnittlich 17 Millionen für die Beschulung der 15.700 SchülerInnen.**

Diese massive Unterfinanzierung der Grundschulen hat Folgen: Massive Personalknappheit und hoher verdeckter Unterrichtsausfall, Überlastung aller Beschäftigten verbunden mit einem hohen Krankenstand. Leiharbeit und prekäre Beschäftigungsbedingungen durch Schulvereine und andere Träger sind an der Tagesordnung. Pädagogische Mitarbeiter, Sozialpädagogen und Sonderpädagogen werden als Lückenfüller im Vertretungsbereich eingesetzt, die sonderpädagogische und sprachliche Förderung findet kaum noch statt. Alle Schulen leiden unter einer überbordenden Unkultur von Dokumentationen, Vergleichstests und verdeckten Rankings, die fundiertes Lernen behindern statt zu fördern.

Wir haben einen bildungspolitischen Auftrag, dem wir gerecht werden wollen!

Die Grundschule knüpft an die gesellschaftlichen, d. h. vor allem an die sozialen und familiären Lebensbedingungen ihrer Kinder an. In Bremen ist ein Drittel der Kinder arm, ein Drittel der Kinder hat einen Migrationshintergrund, jeden Tag kommen neue, z.T. schwer traumatisierte Flüchtlingskinder dazu, viele Kinder haben Defizite in ihrer sozio-emotionalen Entwicklung, über die Hälfte der Grundschulen arbeiten im Ganztag und alle Grundschulen beschulen seit 1999 inklusiv.

Grundschul-Demo

Die sich daraus ergebenden Aufgaben erfordern eine neue Qualität und Ausstattung von Grundschule!

Unsere Aufgaben:

- Unterricht zum Erwerb grundlegender Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zum Erlernen der Kulturtechniken
- Begabungen erkennen, Benachteiligungen ausgleichen, Kinder umfassend fördern sowie Verschiedenheit annehmen und durch Differenzierung gezielt individuelle Lernentwicklung begleiten
- Die Entwicklung der Persönlichkeit, des Sozialverhaltens, der Lern- und Leistungsmotivation, die kognitive und motorische Entwicklung, die Entwicklung musischer Talente und die emotionale Entwicklung.

Wir fordern die notwendigen Ressourcen für Unterricht, soziale Arbeit und Kooperation, um unseren bildungspolitischen Auftrag erfüllen zu können!

Das heißt

- die Ausstattung der Grundschulen mit einer Vertretungsreserve für Unterricht und soziale Arbeit von 6% und einer Reserve für Fortbildung und Schulentwicklung von 3% im Grundbedarf.
- Doppelbesetzungen in allen Klassen zur Umsetzung der Inklusion.
- die 2-stündige Absenkung der Unterrichtsverpflichtung für Elternarbeit, Dokumentationen, jahrgangsübergreifenden Unterricht, Kooperation, Koordination und Absprachen im Bereich der Inklusion und der Ganztagsbeschulung und für sozial-/pädagogische Fachkräfte die Zuweisung von je 4 Kooperationsstunden.
- den Ausbau der Schulsozialarbeit und die Einstellung von Sonderpädagogen, Motopäden, Logopäden, Ergotherapeuten und Psychologen, die in multiprofessionellen Teams an den Schulen arbeiten.
- den Abbau prekärer Beschäftigung, die Übernahme der bei nicht tarifgebundenen Trägern und Schulvereinen Beschäftigten an Schulen in den öffentlichen Dienst, tarifliche Bezahlung und eine vertragliche Arbeitszeit, die eine **Sicherung des Lebensunterhalts** ermöglicht.
- die Aufstockung des Verwaltungsstundenschlüssels entsprechend der tatsächlichen Aufgaben der Verwaltungskräfte.

Entscheidung der Bundesschiedskommission

■ **Sechs Jahre Funktionsverbot für Martin Korol wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens.**

Die Verlautbarungen von Dr. Martin Korol zu Migranten, ethnischen Minderheiten, zum Grundrecht auf Asyl, zu Fragen der Mitbestimmung und der Bildungs- und Gesellschaftspolitik stehen im Widerspruch zu den Zielen und Beschlüssen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und zu den satzungsmäßig festgelegten Voraussetzungen für die Mitgliedschaft, urteilte die Bundesschiedskommission (BSK) der GEW, die am 4. Juni in Hamburg tagte. Sie seien in hohem Maße missverständlich und unstrukturiert, so dass Korol selbst maßgeblich für die gegen ihn erhobenen Vorwürfe des Rassismus, des Sexismus und einer gegen die Ziele der GEW gerichteten Bildungs- und Gesellschaftspolitik verantwortlich sei. Der der GEW drohende Schaden sei aber nicht so groß, dass er einen Ausschluss gebiete. Deshalb milderte die BSK das Urteil der Landesschiedskommission (LSK) in ein sechsjähriges Funktionsverbot ab.

Am Donnerstag, dem 04. Juni, hat die Bundesschiedskommission den Beschluss der Landesschiedskommission der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vom 4. Februar aufgehoben, Martin Korol aus der GEW auszuschließen. Mit einem sechsjährigen Funktionsverbot verhängte die BSK allerdings die schärfste Strafe unterhalb des Ausschlusses. Damit verliert der Bremer Spitzenkandidat der »Bürger in Wut« (BIW) bei der Bürgerschaftswahl im Mai und scheidende Bürgerschaftsabgeordnete seinen Sitz im Bremischen Gewerkschaftstag der GEW, auf den er im Januar vergangenen Jahres nachgerückt war. Der Landesvorstand der GEW Bremen hatte im Juli vergangenen Jahres den Ausschluss von Martin Korol beantragt. Gegen den von der Landesschiedskommission im Februar 2015 verhängten Ausschluss hatte Martin Korol bei der Bundesschiedskommission Berufung eingelegt. Hintergrund der Auseinandersetzung waren einerseits öffentlich bekannt gewordene diskriminierende Äußerungen auf der Homepage von Martin Korol und andererseits sein Eintreten für die »Bürger in Wut« (BIW), deren Programmatik etwa in Fragen der Bildung und der Arbeitnehmerrechte völlig konträr zu den satzungsmäßigen Zielen und den Positionen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist.

Äußerungen von Martin Korol etwa über Sinti und Roma, »die sozial und intellektuell noch im Mittelalter leben« und deren »Männer keine Hemmungen haben, die Kinder zum Anschaffen statt zur Schule zu schicken«, wurden nach seinem Nachrücken in die Bremische Bürgerschaft im Jahr 2013 Gegenstand öffentlicher Debatte. Nach dem Ausschluss aus der SPD-Fraktion und der SPD behielt Korol sein Bürgerschaftsmandat und trat im Oktober 2013 den »Bürgern in Wut« bei.

Die Entscheidung der Bundesschiedskommission, die erst jetzt schriftlich vorliegt, ist noch nicht rechtskräftig, da beide Parteien innerhalb von sechs Wochen noch einen Antrag auf Aufhebung durch den GEW-Hauptvorstand stellen können.

Der Landesvorstand der GEW sieht sich in seiner Einschätzung bestätigt, dass Martin Korol der Gewerkschaft geschadet hat. Die Größe des Schadens abzuwägen und die angemessene Reaktion zu bestimmen, obliegt der BSK. Unabhängig von einer eventuellen Fortsetzung des Verfahrens gilt es, die inhaltliche Auseinandersetzung in der Sache fortzusetzen. Der Fachtag »Vielfalt bildet!« im Februar in Bremen und die Pädagogische Woche im Mai in Bremerhaven haben dazu einen hervorragenden Beitrag geleistet.

Bremischer Gewerkschaftstag

am 23. und 24.11.2015

■ Der Bremische Gewerkschaftstag im November 2015 findet am **Montag von 15.30 bis 18.00 Uhr und am Dienstag von 9.15 bis 16.00 Uhr im Tivolisaal** des DGB-Hauses Bremen statt.

Bei diesem **Wahl**-Gewerkschaftstag werden für die kommenden zwei Jahre neu bestimmt:

- bis zu drei Sprecherinnen oder Sprecher des Landesverbandes,
- die Landesschatzmeisterin/der Landesschatzmeister
- bis zu 15 weitere stimmberechtigte Mitglieder des Landesvorstandes
- die Datenschutzbeauftragte/der Datenschutzbeauftragten
- die Mitglieder der Landesschiedskommission
- die Kassenprüferinnen und Kassenprüfer sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter
- der Wahlausschuss (Mandatsprüfungskommission) und die Antragsberatungskommission

Für den Gewerkschaftstag hat der GLV folgende Fristen festgelegt:
Antragsfrist für **Satzungsanträge: 21. September**
Antragsfrist für **andere Anträge: 6. November.**

SCHUL STANDORTE

GESAMTPLAN & UMGESTALTUNGEN

■ In den Debatten um bessere Lernbedingungen für die SchülerInnen und bessere Arbeitsbedingungen für das pädagogische Personal stehen meist die Personalversorgung, die Arbeitszeit, die Schulstruktur, die LehrerInnenausbildung, die Lehrpläne und die Prüfungsbestimmungen im Mittelpunkt. Daneben spielt aber auch die bauliche Ausstattung eine wichtige Rolle. Sie wird auch als »der dritte Lehrer« bezeichnet.

Die Ankündigung eines neuen Schulstandortplans für die Stadtgemeinde Bremen im Dezember 2014 war für uns der Anlass, zu diesem Thema einen Schwerpunkt vorzubereiten. Jetzt müssen wir im Juli 2015 feststellen, dass seitdem noch nichts vorgelegt wurde. Vielleicht war der Wahlkampf schuld. Wir stellen auf jeden Fall eigene Überlegungen vor, was bei einem solchen Plan berücksichtigt werden sollte, und zeigen den Bedarf auf. Neben der Finanzierung ist bei der Planung und Durchführung von Baumaßnahmen wichtig, dass sich die Kollegien zusammen mit den SchülerInnen und den Eltern aktiv einschalten. Wenn der neue Plan vorgelegt wird, werden wir ihn in der BLZ vorstellen und kommentieren.

Jürgen Burger

Schulstandortplanung in der Stadtgemeinde Bremen

Rückblick und Ausblick

Jürgen Burger

■ Die Ankündigung

Die Senatorin für Bildung hat im Oktober 2014 in der städtischen Bildungsdeputation angekündigt, dass im Verlaufe des Jahres 2015 der Schulstandortplan fortgeschrieben werden soll. Schon in der ersten Jahreshälfte sollte für die Stadtregionen Mitte, Ost und Links der Weser etwas vorgelegt werden, seitdem hat es aber keine Information der Deputation gegeben. In der Vorlage war von »Fortschreibung« die Rede. Der gegenwärtige Plan gilt seinem Anspruch nach von 2010 bis 2015. Er revidierte einen 2005 unter Senator Willi Lemke verabschiedeten Plan, der ebenfalls bis 2015 gelten sollte. Zuvor hatte Bildungssenator Horst-Werner Franke 1984 ein groß angelegtes Schulstandortkonzept veröffentlicht, das ab 1985 zum Teil realisiert wurde. Vergleicht man die bisherigen Pläne, so stellt man fest, dass die Realität nie den Vorgaben gefolgt ist. Sie mussten immer wieder revidiert werden.

Die notwendigen Voraussetzungen

Schulstandortplanung ist eine komplexe Aufgabe, besonders in einer Großstadt. Voraussetzungen für eine realistischen Plan sind:

- erstens ein schlüssiges Strukturkonzept, das für längere Zeit Gültigkeit beanspruchen kann,
- zweitens ein regionales Versorgungskonzept, das auf verlässlichen Annahmen über die Entwicklung der SchülerInnenzahlen und der Raumbedarfe aufgrund von pädagogischen Festlegungen beruht, und
- drittens muss der Sanierungs- und Ausbaubedarf der vorhandenen Gebäude dabei berücksichtigt werden.

Betrachtet man diese Voraussetzungen, so sind sie zurzeit kaum gegeben.

Das Strukturkonzept ist nicht schlüssig

Die rot/grüne Koalition hat 2009 auf Betreiben der damaligen Bildungssenatorin nicht nur das Zwei-Säulen-Modell im Schulgesetz verankert, sondern auch in der Stadtgemeinde Bremen zugestimmt, dass die großen Oberstufenzentren zerlegt und an einigen Oberschulen neue kleine Oberstufen angegliedert werden. Schon damals hat die GEW davor gewarnt, weil dadurch ein Drei-Klassen-System aus Gymnasium, Oberschule mit Oberstufe und Oberschule ohne Oberstufe entstehen würde. Diese Kritik war pädagogisch und schulpolitisch motiviert, weil das Ziel einer »Schule für alle« als Voraussetzung von Chancengleichheit aufgegeben wurde. Als weiterer Gesichtspunkt kommt hinzu, dass damit erhebliche Umbaukosten entstanden sind, wie die Beispiele aus Blumenthal und der Vahr zeigen. Auf längere Sicht wird dieses Modell strukturell zu Ungleichgewichten führen, die einige Schulen vor die Gefahr der Schließung – und damit auch der Gebäudeaufgabe – und andere vor das Problem der Überfüllung und damit der notwendigen Anbauten und Erweiterungen stellen. Diese Gefahr wird durch ein weiteres Strukturprinzip verstärkt:

In einem Konkurrenzsystem ist eine verlässliche schulbezogene SchülerInnenzahlprognose nicht möglich

Die Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen hat 1994 die stadtweite freie Anwahl der Schulen der Sekundarstufe I verkündet. Der FDP ging es damals um die Anwahl zu den wieder eingerichteten Gymnasien, den Grünen um Schulen mit alternativen Modellen. Inzwischen leben wir in einer Gesellschaft, in der das Wettbewerbsprinzip auf allen Ebenen als Allheilmittel verkauft wird. Schulen sollen um SchülerInnen konkurrieren, weil das Damoklesschwert der Abwahl und der Schließung angeblich die Qualität steigert. Welche Kosten dieses Prinzip verursacht, darüber sprechen diejenigen nicht, die es propagieren.

Gerade in Stadtteilen mit großer Armut kann es beim Übergang von der Primarstufe in die Sekundarstufe zu einer regelrechten »Stadtteilflucht« kommen. Damit wird der ohnehin bestehende Effekt verstärkt, dass Familien mit besserem Einkommen den Stadtteil verlassen.

Ein weiterer kaum einschätzbarer Faktor ist die Entwicklung der Zuwanderung. Auf jeden Fall scheinen die Prognosen über die »Vergreisung« Deutschlands, die eine Umwandlung von Schulen in Altersheime nahelegten, nicht zuzutreffen.

Der Sanierungs- und Ausbaubedarf ist weiterhin hoch

Nachdem in den Jahrzehnten zuvor große Summen für den Schulbau ausgegeben worden waren, hat Bremen in den 80er und 90er Jahren die Erhaltungskosten eingespart. Folge war ein riesiger Sanierungsstau, der immer noch nicht vollständig abgearbeitet ist. Gleichzeitig ist aber der Ausbau der Ganztagsschule zum politischen Programm geworden. Von 2005 bis 2009 standen hierfür Bundesmittel zur Verfügung, die meist in den Bau neuer Mensen flossen.

Woher die Mittel für die jetzt in den Wahlprogrammen propagierte flächendeckende Ganztagsschule im Grundschulbereich kommen sollen, ist unklar – sowohl im personellen als auch im baulichen Bereich.

Aus der Vergangenheit lernen: Die größten Fehler vermeiden

Die größten Irrtümer enthielt das Schulstandortkonzept von 1984. Das Bremer Schulgesetz von 1975 hatte ein integriertes Stufenschulsystem vorgesehen. Nachdem die bundesweite Entwicklung gegenläufig war, verkündete Senator Horst-Werner Franke eine »Phase der Konsolidierung«: Die Sek-I-Zentren sollten nicht bis zur 10. Klasse integriert werden, sondern ab Klasse 7 drei je zweizügige Abteilungen (H, R und Gy) vorhalten. Das beinhaltete relativ große Schulen mit hohem Raumbedarf an hierfür geeigneten Standorten. Außerdem war die Zahl der SchülerInnen erheblich zurückge-

gangen. Ergebnis war eine lange Liste von Schulen, die geschlossen werden sollten. Darunter waren u.a. Schmidtstraße, Pulverberg, Kattenturm, BBZ, Vorkampsweg, Vegesacker Straße, Schönebeck, Hemelinger Straße, Parsevalstraße, Uphuser Straße, Leibnizplatz und Barkhof. Alle diese Gebäude werden heute noch schulisch genutzt.

Ursachen für die Fehlplanung gab es mehrere: Zunächst wurde angenommen, dass der Rückgang der SchülerInnenzahl sich unvermindert fortsetzen werde. Iin Wirklichkeit hatten wir in den 90er Jahren einen Anstieg. Zweitens wurden neue Bedarfe nicht einkalkuliert. So gab es in der östlichen Vorstadt und der Neustadt Bürgerinitiativen für neue Gesamtschulen. Leibnizplatz und Hemelinger Straße waren schon ausgeräumt, als sie von bzw. mit neuen Gesamtschulen besetzt wurden. Das BBZ ist dringend benötigter Schulraum, insbesondere seitdem das Schulzentrum am Holter Feld verkauft und abgerissen wurde.

An diesem Beispiel wird auch die Kurzfristigkeit mancher Planungen deutlich: Das BBZ war zur Schließung vorgesehen, obwohl man wusste, dass wenige Jahre später Daimler-Benz das Recht haben würde, das Grundstück des Holter Feldes zu beanspruchen.

Ein ähnliches jüngeres Beispiel ist die Neustadt: Unter Bildungssenator Willi Lemke wurde die Sanierung von Schulen zum Teil dadurch finanziert, dass man andere Schulgebäude zur Privatisierung freigab. So wurden die Schulzentren an der Kornstr. und an der Gottfried-Menken-Str. aufgegeben (letzteres wurde abgerissen). Gleichzeitig begann in der Neustadt eine Phase des Wohnungsbaus, der logischerweise zu Bevölkerungswachstum führte, und heute wird Schulraum dringend gesucht.

Zum Glück wurden nicht alle zur Schließung vorgesehenen Gebäude verkauft. Positives Gegenbeispiel ist der Barkhof. Er wurde über 20 Jahre lang von der Universität genutzt und ist jetzt wieder Schule.

Konsequenzen und Forderungen für die Zukunft

Ein sinnvoller Schulentwicklungsplan kann nur entstehen, wenn die dafür notwendigen Voraussetzungen geklärt sind. Das erfordert:

Klarheit und Transparenz der Ziele

Die Oberstufenpolitik der Senatorin Jürgens-Pieper hat zu erheblichen Ungleichgewichten im Bremer Schulsystem geführt. Nach Auffassung der GEW besteht der Ausweg in einer Wiederzulassung der Oberstufenzentren im Schulgesetz. Bis dahin sollen Oberstufen-Verbünde im Stadtteil dafür sorgen, dass alle Oberschulen einen guten Anschluss an die Sekundarstufe II haben. Zweitens soll – unbeschadet des Elternwahlrechts – bei der Aufnahme in die Oberschule der Wohnort die oberste Priorität haben.

Ohne eindeutige politische Festlegungen in diesen Fragen ist Schulstandortplanung ein kostenintensives Abenteuer mit ungewissem Ausgang.

Die baulichen Konsequenzen von schulpolitischen Entscheidungen offenlegen und frühzeitig planen

Aktuell geht es hierbei besonders um den Ausbau der Ganztagsschule. Neben den obligatorischen Mensen sind ausreichende Freizeitbereiche einzuplanen. »Aufbewahrung im Klassenraum« ist eine Zumutung für die Kinder und das pädagogische Personal.

Die Bedürfnisse durch Mitwirkung ermitteln und Baustellen-Chaos vermeiden

Beispiele zeigen: Wo die SchülerInnen, Lehrkräfte und Pädagogischen MitarbeiterInnen einbezogen waren, konnten bei Ausbauten und Sanierungen befriedigende und ansprechende Lösungen gefunden werden. Ein großes Ärgernis, das alle Beteiligten immer wieder über die Belastungsgrenze treibt, ist ein verspäteter Baubeginn während des Schulbetriebes. Daher muss die finanzielle Absicherung frühzeitig erfolgen, damit nicht mit der Verschiebung von Maßnahmen jongliert wird.

Stadtteile mit hoher Armutsquote bevorzugt versorgen

Gerade in diesen Stadtteilen kann die Ganztagsschule produktive Wirkungen haben, wenn sie gut ausgestattet ist.

Keine Privatisierungen

Da die Bevölkerungsentwicklung in den verschiedenen Stadtteilen mittelfristig immer wieder Überraschungen bereithält und aus pädagogischen Entscheidungen zusätzliche Raumbedarfe entstehen, ist für aktuell nicht benötigte Schulgebäude eine anderweitige öffentliche Nutzung meist die beste Lösung.

Zum Schluss: Es geht um einen immensen Vermögenswert

Die Bremer Schulgebäude sind in über 150jähriger Bautätigkeit entstanden. Nach heutigen Preisen müsste mehr als ein ganzer Landeshaushalt (4,5 Mrd. €) verwendet werden, um sie auch nur notdürftig zu ersetzen. Die Schulstandortplanung hat sorgsam mit diesem Vermögenswert umzugehen.

Klassenfahrten
Ostfriesland – Nordsee – Inseln
5 Tage Halbpension ab 99,00 €
Aktive Programme für alle Altersstufen: Wattwandern, Surfen, Kanu- und Fahrradtouren, Piratenwoche, Meyer Werft, VW, Inseltouren, Klettern, Skaten, Seehundstation, Aktionstag Moor
Sie buchen – wir organisieren alles Weitere!
Jugendwerk Brookmerland
Tel 0 49 34-80 42 57 Fax 0 49 34-78 27
www.klassenfahrt-nordsee.de info@klassenfahrt-nordsee.de

■ Dass eine Schule, in der vielfältiger und selbständig gelernt, inklusiv unterrichtet und im Ganztag gelebt werden soll, in der die Pädagogen in Teams arbeiten wollen und sollen, dass diese Schule eine andere Struktur, Anzahl und Kompetenz von Personal erfordert, wird kaum noch in Frage gestellt. Welche Bedeutung für das Gelingen dem gegenüber ein Schulbau in hoher Qualität, eine lernförderliche Umgebung hat, wird noch nicht in gleicher Weise berücksichtigt.

Den Schulraum neu denken

Frank Behrens, Anne Havliza

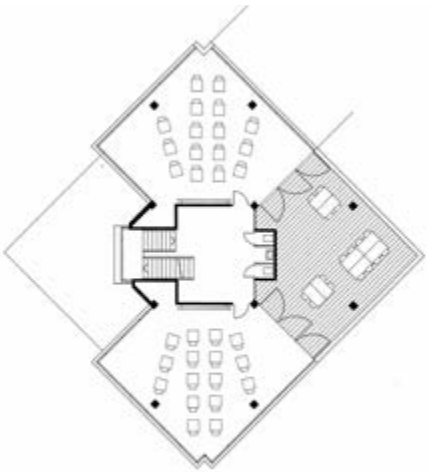
Standen im Vordergrund baulicher Maßnahmen in den letzten Jahrzehnten häufig Themen wie Sanierung, Energieeffizienz und Brandschutz, so drängen sich spätestens mit den Anforderungen Ganztag und Inklusion immer mehr Fragen danach auf, wie gute Lern-, Lebens- und Arbeitsräume in der Schule gestaltet sein sollten, wie die Schule in die Quartiers- bzw. Stadteilentwicklung eingebunden werden kann.
Für den Schulneubau, aber auch für Umbaumaßnahmen, ist dabei ein konzeptionelles Herangehen unerlässlich, wie es derzeit als »pädagogische Architektur« beschrieben wird. Schulen benötigen »eine Architektur, die ihre Organisation und gestalterische Kraft aus einer pädagogischen Konzeption heraus entwickelt; eine Pädagogik, die sich die Räume, in und mit denen sie arbeitet, zu eigen macht und sie einbezieht; einen Prozess, der die am Lernen und Lehren Beteiligten befähigt, die Formen des Lernens und Lehrens mitzugestalten.« (Aus: Pädagogische Architektur, Montag Stiftungen, 2007)

Schul(um)bau: Zukunftsfähig und nachhaltig

Zeitgemäßer Schulbau bietet auch Werkstätten und Studios für vielgestaltiges Lernen (1), eine hohe Aufenthaltsqualität für Schülerinnen und Schüler, aber auch für die dort Beschäftigten und für externe Nutzer (2). Besondere Raum- und Ausstattungsangebote werden für Schüler mit Unterstützungsbedarfen vorgehalten (3). Bei der Einrichtung von Arbeitsplätzen für die pädagogischen Mitarbeiter gelten Grundsätze professioneller Büroausstattung.
Für die Beteiligten lohnt sich durchaus der Blick in die Historie der Schularchitektur. Schulen in Deutschland waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts überwiegend im »Kasernenstil« gebaut. Nicht wenige davon finden wir noch heute im Gebäudebestand unserer Schullandschaft. Aber es gab auch in diesem Zeitraum beispielhafte Schulbauten, die ihrer Zeit weit voraus waren.
So stand für den Architekten Jan Duiker bereits Ende der 20er Jahre das Ideal einer »gesunden Schule« im Fokus. Seine Openlucht-Schule in Amsterdam, die mitten in ein enges Wohnquartier platziert wurde, bietet bis heute den Schülern nicht nur Licht, Luft und freie Bewegung, sondern auch damals schon Raum für eigenständiges Lernen. Ein weiterer Meilenstein ist die Crow Island Schule (1940, Illinois, USA) der Architekten Saarinen, die eingebettet in eine parkähnliche Landschaft für jede Klasse über direkte Zugänge nach außen und integrierte Gemeinschaftsräume verfügt. In dem in den 50er Jahren von Hans Scharoun entworfenen Geschwister-Scholl-Gymnasium in Lünen finden sich bereits angemessene Lernräume für die unterschiedlichen Altersgruppen. Alle genannten Schulen sind heute noch in der Nutzung.
Erfreulicherweise findet man inzwischen viele gute Schulbauten auch in Deutschland, unter anderem verzeichnet auf der Seite der Montag Stiftungen unter http://www.lernraeume-aktuell.de/startseite.html. Einen guten Überblick über bremische Schulen bietet Eberhard Syrings Veröffentlichung »Bremen und seine Bauten« (4).

Mit Phase Null in die pädagogische Architektur starten

Es hat sich in den letzten Jahren als sinnvoll erwiesen, den Planungsprozess mit einer Phase Null zu starten. Sie umfasst einen Zeitraum bevor der vorgesehene Planungs- und Bauprozess einsetzt. Vertreter der Schule, der Planer und Architekten arbeiten in einem dialogischen Prozess zusammen, um Ausgangslagen, Grundlagen und Ziele für den



Openlucht-Schule

geplanten Um-, Erweiterungs- oder Neubau zu erörtern und sich auf das pädagogische Raumprogramm zu verständigen. Checklisten können dabei eine erste Hilfe sein (5). Es wird geklärt, ob die Schule eher ein »Klassenraum plus«-Modell (insbesondere für Differenzierung), eine Clusterung ihrer Räume nach Jahrgängen und/oder Fachlichkeit oder ob sie die Entwicklung von Lernlandschaften favorisiert. Diese Raumkonzepte können auch kombiniert werden.

Das pädagogische Raumprogramm ist Grundlage für die weitere Planung. Wie Schulen den Prozess anlegen können, welche Rolle dabei Schulleitung, »Baugruppe«, Beteiligung von Schülern und Eltern spielen können, ist differenziert beschrieben in einer Veröffentlichung der Montag Stiftungen. (6)

Z.B.: Schule am Baumschulenweg in Bremen, Paula-Modersohn-Schule in Bremerhaven

Erste Erfahrungen im Land Bremen mit einer Phase Null und prozessbegleitender Bauberatung gibt es bereits in Bremen und Bremerhaven. So konnte z.B. mit personeller und finanzieller Unterstützung der Montag Stiftungen an der Grundschule am Baumschulenweg ein umfassender Planungsprozess durchgeführt werden. Hier soll das entwickelte pädagogische Programm der Schule durch Um- und Erweiterungsbauten vor allem den Anforderungen »Bewegung und Natur« und der stärkeren »Verknüpfung von Innen- und Außenraum« neue räumliche Möglichkeiten für Schüler und Pädagogen schaffen.

Im Zentrum des laufenden Umbaus der Paula-Modersohn-Oberschule steht das Konzept, sowohl im Haus der Kindheit (5.-7. Jg.) als auch im Haus der Jugend (8.-10. Jg.) die Räume neu zu ordnen. Das Gebäude wird sukzessive so umgebaut, dass insbesondere unter dem Blickwinkel »inklusives Lernen mit W+E-Schülern« Räume und Zonen geschaffen werden, die prinzipiell für alle Schülerinnen und Schülern ein Zugewinn sind. Der erfolgreiche Umbau wurde ermöglicht durch die offene und konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten.

Raumentwicklung ist Bestandteil der Qualitätsentwicklung

Das Gelingen des Bauvorhabens wird sicher von zahlreichen Faktoren beeinflusst wie Baubestand und Grundstückslage, Stadt(teil)entwicklung und Lage der öffentlichen Finanzen, letztendlich aber auch von mutigen Entscheidungen der Verantwortlichen. Wichtig erscheint uns darüber hinaus, dass »die Schule« sich über die Bedeutung des Raumes für das Lernen klar wird – auch durch unterrichtliche Vorhaben (7) – und aktiv mit der Raumentwicklung umgeht. Die Aufenthaltsqualität wird auch durch eigenes Tun verbessert. Um die anspruchsvollen Ziele der Schulentwicklung des Landes Bremen wirkungsvoller zu unterstützen, sollten orientierende Eckpunkte für Schulbau- und Raumentwicklung erstellt werden.

Welche Bedeutung das Thema inzwischen hat, zeigen u. a. die vielen Kongresse, Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Schulbaumessen – zeigt aber zum Glück auch, dass Städte wie Hamburg bis 2019 zwei Milliarden in ihren Schulbau investiert, München jetzt mit 1,8 Milliarden bis 2030 nachgezogen hat.

1 Eine reichhaltige Darstellung findet sich auf der Homepage von Otto Seydel unter www.schulentwicklung-net.de – Veröffentlichungen/Schulbau
2 www.brandenburg.ganztaegig-lernen.de – Lernräume gestalten
3 www.montag-stiftungen.de – Inklusion vor Ort
4 Eberhard Syring: »Bremen und s eine Bauten 1950-1979«, Carl Schünemann Verlag (S. 76-81)
5 Checklisten unter www.schulentwicklung-net.de – Veröffentlichungen/Schulbau
6 Montag Stiftungen: »Schulen planen und bauen« – Handbuch, JOVIS Verlag, www.jovis.de
7 Verwiesen sei hier auf das Angebot http://www.baukasten-bremen.de, eine Architektur- und Bauschule

Weiterführende Literatur:
Wüstenrot-Stiftung: »Schulen in Deutschland – Neubau und Revitalisierung«, Karl Krämer Verlag, Stuttgart
Michael Braum, Oliver g. Hamm: »Worauf baut die Bildung« – Bundesstiftung Baukultur 2010, Verlag Birkhäuser, Basel
Susanne Hofmann, Baupiloten: »Partizipation macht Schule«, JOVIS Verlag

Modersohn-Schule

Bedingt sportbereit

SportlehrerInnen sind über die Situation mehr als unzufrieden

Karsten Krüger

■ Bei Bremer Turnhallen besteht ein Sanierungsstau.

»Bei Sporthallen in Bremen besteht ein Sanierungsstau.« So erwartet wie besorgniserregend beginnt ein Expertenbericht der Bildungsbehörde von Anfang April diesen Jahres. Sanierungsstau heißt in diesem Fall, dass viele SchülerInnen und Lehrkräfte oft lange beziehungsweise auf unbestimmte Zeit warten müssen, bis ihre Hallen wieder nutzbar sind oder wieder im vollen Umfang zur Verfügung stehen. Die Situation bei Schwimmbädern und Sportplätzen sieht ähnlich aus. Das Sporthallenmanagement des Landessportbundes Bremen (LSB) – nach einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Bildungssenatorin, dem Sportamt Bremen und dem LSB für die Verwaltung der Sporthallen zuständig – beschreibt den derzeitigen Zustand der Anlagen sogar noch drastischer: Es wurde sogar ein »fataler Sanierungsstau, besonders bei sanitären Einrichtungen« festgestellt. Die LSB-Studie sagt weiter aus, dass die Lage bei den Schulturnhallen im Vergleich zu den Hallen, die vor allem von den Vereinen genutzt werden, noch besorgniserregender ist.

Einer der Hauptgründe für den hohen Sanierungsbedarf ist das Alter vieler Sportstätten, so der LSB. »Es gibt nur wenige Neubauten. Viele Sporthallen sind einfach runter«, sagt Präsidentin Karoline Müller. Die Pressestelle der Behörde erklärt dazu: »Viele unserer Schulgebäude stammen aus den 60er und 70er Jahren. An Bremer Schulen und Turnhallen finden kontinuierlich Instandsetzungs- und Bauunterhaltungsarbeiten statt. Aufgrund von organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen können jedoch nicht alle notwendigen Maßnahmen zeitgleich durchgeführt werden.« Das Ergebnis ist derzeit: Der Sanierungsstau wird – leider – nicht kleiner.

Nach Zahlen aus dem Rembertiring verfügen 138 Schulen in der Stadtgemeinde Bremen über eine eigene Turn- oder Sporthalle. Etwa zwei Drittel davon sind separate Gebäude, die übrigen Hallen sind im Schulgebäude integriert. Außerdem werden weitere zwölf Sporthallen auf Bezirkssportanlagen des Sportamtes und 16 angemietete Vereinssporthallen für den Sportunterricht genutzt. Für die Experten der GEW-Sportkommission sind die aufgeführten Sportstätten dennoch nicht ausreichend, da viele Bremer Schulen keine eigenen Turnhallen für den Sportunterricht nutzen können und auf Kooperationen mit anderen Schulen angewiesen sind. Besonders in den westlichen Stadtteilen gibt es viele Schulstandorte, aber im Vergleich nur wenige Sporthallen. Teilweise müssen die SchülerInnen dort lange Wegstrecken auf sich nehmen, um zum Sportunterricht zu kommen. So wie mehrere Klassen der Allgemeinen Berufsschule in Walle, die in den vergangenen Jahren den Kraftraum der Universität nutzen mussten, um überhaupt Sportunterricht haben zu können. Nach Einschätzung der Sportkommission sind auch viele Schulhöfe nicht für Bewegungen geeignet. Kritik äußern die Mitglieder auch am mangelhaften Zustand einige Sportplätze. »Glasscherben in der Sprunggrube oder in die Jahre gekommene Aschenbahnen laden nicht gerade zum Sportreiben ein.«

Schimmel im Geräteraum

Langzeitbaustelle Sporthalle der Gesamtschule West

Grundschule Oslebshauser Heerstraße: Notdürftige Deckensanierung, Nässe auf dem Hallenboden

Der bauliche Zustand und die Betriebsbereitschaft der Turn- und Sporthallen wird alle zwei bis drei Jahre durch Immobilien Bremen festgestellt. Hierbei werden primär bauliche und sicherheitsrelevante Aspekte untersucht (Brandschutz, Statik, Substanzverlust, Verschleiß, Unfallgefahr, Schadstoffe, Auflagen und Vorschriften). Außerdem werden energetische Maßnahmen erwogen. Dafür stehen Immobilien Bremen, dem Eigentümer der Sportstätten, jährlich nach Zahlen aus der Bildungsbehörde rund 36 Millionen Euro zur Verfügung. Allerdings wird das Geld nicht nur für Sporthallen, sondern unter anderem auch für Bürogebäude, Polizeireviere, Schulen und Kindergärten verwendet. Wieviel Geld wirklich in die Sanierung von Turn- und Sporthallen fließt, bleibt unklar. Bei den aktuellen rot-grünen Koalitionsverhandlungen wurde beschlossen, dass der Sportstätten-Fonds mit einem Umfang von 1,4 bis 1,5 Millionen Euro fortgeschrieben werden soll.

Dringender Handlungsbedarf besteht für den LSB vor allem bei defekten oder nur bedingt verwendbaren Sportgeräten. Da sind viele »Graupen« dabei, sagt Müller. Um die dringenden Probleme besser in den Griff zu bekommen, fordert der LSB eine zentrale Organisation und ein übergreifendes Programm. Nach Angaben aus der Bildungsbehörde sind notwendige Reparaturen aus den Schulbudgets zu finanzieren; Schulen, die Schulsporthallen haben, erhalten für diesen Zweck eine gesonderte Zuweisung im Lehr- und Lernmittelbudget.

In diesen Sporthallen sind nach Angaben von Immobilien Bremen Sanierungsmaßnahmen in Planung oder bereits abgeschlossen
(siehe auch lsb-bremen.de):

1. Schule Buntentorsteinweg – Bau eines Notausganges
2. Schule Kantstraße – Sanierung des Sportbodens, Anbringung von Prallschutz
3. Schule Schmidtstraße – Maßnahmen zur Verbesserung der Akustik
4. Oberschule Habenhausen (große Halle) – Fußboden und Deckensanierung
5. Oberschule Julius-Brecht-Allee – Hallenbodenerneuerung
6. Oberschule Hermannsburg – Dachkonstruktion unsicher
7. Neue Oberschule Gröpelingen – Komplettsanierung der Halle
8. SZ Walle – Sanierung der Turnhallendecke
9. Gymnasium Vegesack – Innensanierung der Halle
10. SZ Blumenthal – Sanierung des Sportbodens in beiden Sporthallen

Duschraum der Turnhalle – ein Sanierungsfall

Alte Sportgeräte und schräge Basketballkörbe in der Oberschule Gröpelingen. Elke Wolf-Rooney: Komplettsanierung nötig

Der Abriss einer künstlerisch gestalteten Schule

■ Im Herbst 2008 wurde in der Neustadt die Schule an der Gottfried-Menken-Straße abgerissen. Die Architekturstudentin Martina Viebrock hat das damals dokumentiert.
Die Schule war 1958 als eine der ersten Pavillon-Schulen eingerichtet worden. Das in den 50er und 60er Jahren unter dem Bremer Schulrat Wilhelm Berger entwickelte Konzept ist heute noch aktuell. Der "Marktplatz" (die Eingangs- und Veranstaltungshalle) und die Gänge waren künstlerisch gestaltet.
Der Irrsinn an der Geschichte: Heute wird Schulraum in der Neustadt dringend gesucht. j.b.

Oberschule Ohlenhof

■ Gröpelingen: Von Planung konnte nie die Rede sein, aber jetzt scheint der überraschende Ausstieg geplant!

Im aktuellen Koalitionsvertrag 2015, auf Seite 120, finden wir die lapidare überraschende Aussage: Der Campus Ohlenhof wird nicht gebaut.

Halbierter Schulhof

Das Modell

Ein Blick zurück:

2012 wurde am Ohlenhof eine neue Oberschule für Gröpelingen versprochen, vierzügig, mit Topgebäuden, toller Oberstufe, Supermensa, exzellenter Turnhalle, jahrgangsübergreifend. Dafür stritt der Beirat, manche Eltern, die SPD. Die lange vor Ort arbeitenden Kollegen haben den Sinn und die zusätzlich versprochene Geschwindigkeit allerdings immer angezweifelt. Die Bildungsbehörde okkupierte einen bis heute noch nicht renovierten Pavillon der Grundschule am Halmerweg und startete mit zwei Oberschulklassen bei minimaler Anwahlzahl von 16 Schülern. Versprochene »tolle Container« (Schulaufsicht Heinrichs und Baufrau Lücking) vermochte man nicht aufzustellen, drei Jahre später, ist noch kein Spatenstich getan, die Enge in der Grundschule und auf beschränktem Außengelände ist noch belastender geworden. Aber Grundschulkinder spielen in dieser Belastungssituation anscheinend keine Rolle. Von der Ex-Senatorin versprochene »Ausgleichsleckerli« für all die Unbill des GS-Kollegiums sind in drei Jahren nicht angekommen.

Geht es weiter?

Das wusste bis zum Koalitionsvertrag niemand genau, am wenigsten die Schulleitungen. Zum nächsten Schuljahr soll es zwei weitere Oberschulklassen geben. Aber wohin damit? Und jetzt auch nur vorübergehend, wenn nicht mehr gebaut wird. Schließlich wartet die Grundschule auf Vollendung der gestoppten Renovierung. Irgendwo will man weitere Oberschul-Container platzieren. Es gibt noch eine Wiese!

Wen wundert's, dass Eltern ihre Kinder dort kaum anmeldeten!?

Eine als Wunsch ausgesprochene Mischung von leistungsstärkeren Schülern mit anderen, auch aus anderen Stadtteilen kommend, gibt es nicht. Dieser Ort ist einfach schlecht zu erreichen und wer schickt sein elfjähriges Kind in die Wüste? Also fehlgeplant von Anfang an.

Experten

Alles, was schon vor drei Jahren vom Grundschulkollegium als Schwierigkeit prognostiziert wurde, ist eingetreten. Das wollte von den Verantwortlichen niemand hören. Nun stehen wahrscheinlich der Sparzwang, die Probleme mit Containern und schlechte Anwahlzahlen hinter dem Stop! Auch diese Entscheidung, wenn sie denn von den Parteimitgliedern abgesegnet wird, wurde nicht kommuniziert. Und somit sind alle kompromittiert, die sich trotz aller Kritik für die Schule engagiert haben, auch Eltern, Kinder und Kollegium der sogenannten Oberschule Ohlenhof!

Allen Entscheidungsträgern sollte man die Meinung sagen, aber:

Exsenatorin Jürgens-Pieper und ihr Staatsrat Othmer aus Geldmangel zurückgetreten – weg! Oberste Schulaufsicht Bothmann – weg! Bauverantwortliche der Behörde Lücking und Schumacher – weg! Verantwortliche Schulaufsicht Heinrichs, Kraatz-Röper – weg! Ein Gründungsmitglied von zweien – Frau Wismach – weg! Ortsamtsleiter Mester – weg! Und jetzt auch Senatorin Quante-Brandt und Staatsrat Kück – weg! All die Befürworter haben sich vom unbebauten Acker gemacht.

Transparenz?

Aktuell wurden am 22.6. Bauzäune auf dem Schulhof der Grundschule aufgestellt und damit die Pausenfläche für 320 Kinder halbiert! Warum? Gibt es jemanden, der weiß wie jetzt die Rumpfoberschule im Grundschulgebäude abgewickelt wird, wann kehrt dort Ruhe ein, wann gibt es wieder erträgliche Arbeitsbedingungen? Was wird mit den Schülern der Oberschule und den Kolleginnen? Wird man umliegende Oberschulen entgegen deren Konzept erweitern auf fünf- oder Sechszügigkeit? Die werden sich freuen! Und wir dürfen erinnern: für Neubauten gab es schon vor Jahren Vorschläge für attraktivere Lagen, z.B.in der Überseestadt!

Wie es weitergeht und ob, das sollten alle wissen, die transparent planen müssen, Eltern, Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen! Hatten schon vor der Wahl die Bildungsdeputierten keine Ahnung, dann sollte man doch kurz vor den Ferien informieren wie und wo für wen es danach weitergeht. Karten auf den Tisch, was passiert am Ohlenhof? Denn wie wurde 2012 vollmundig versprochen:

»Alles transparent, alle Akteure vor Ort werden einbezogen!« Dann 'mal los im Wilden Westen!

Wilfried Meyer
Schule am Halmerweg

(Für interessierte Leser findet sich die Ohlenhof-Geschichte von Beginn bis heute in satirischer Form auf der GEW- Internetseite)

Schulkonzepte und Schulbauten

Eine kurze Geschichte der Bremer Schulgebäude

Jürgen Burger

■ Der staatliche Schulbau hat in Bremen seit 1860 ganz unterschiedliche Gebäude hervorgebracht, die aus heutiger Sicht als mehr oder weniger zweckmäßig, als düster oder freundlich erscheinen. Außerdem sind sie in einem sehr unterschiedlichen Erhaltungszustand. Die meisten sind in drei Phasen entstanden: Vor 1914 in einer Zeit rasanter Industrialisierung und schnellen Bevölkerungswachstums; nach 1945 als Ersatz für die Kriegszerstörungen; und in den 60er und 70er Jahren als Reaktion auf wiederum massiv steigende SchülerInnenzahlen und auf erhöhte Ansprüche an Differenzierungs- und Fachraumbedarf. Zu ihrer Zeit haben alle diese Gebäude als zweckmäßig und schön gegolten. Ihre Anlage war pädagogisch begründet und gleichzeitig ein Ausdruck der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse.

Altbau der Schule an der Schmidtstraße

Altes Gymnasium an der Dechanatstraße

Freischulen, Geldschulen und ein Gymnasium
Staatlicher Schulbau vor 1914

Als 1844 in Bremen die Schulpflicht eingeführt wurde, waren die meisten Schulen kirchlich und kosteten Schulgeld. Außerdem waren sie zu klein. Es mussten staatliche »Freischulen« gebaut werden, um die Kinder der Armen unterzubringen. Das älteste erhaltene Gebäude dieser Art ist die Schule an der Schmidtstraße. Ein Grundmuster ist noch klar zu erkennen: Zwei Eingänge wegen der Geschlechtertrennung (der Schulhof war oft durch eine Mauer geteilt); lange Flure, an denen die Klassenräume unter Vermeidung direkter Sonneneinstrahlung angeordnet waren; in diesen Räumen saßen in engen Reihen ca. 50 Kinder in einem absolut lehrerzentrierten Unterricht. Das methodische non plus ultra war der »Anschauungsunterricht« (ein Vorläufer des Sachunterrichts). Hierfür wurden Kabinette mit Anschauungsobjekten eingerichtet.

Nach 1871 begann die Industrialisierung Bremens, das zuvor Freihandelszone gewesen war. Die Bevölkerung wuchs ständig und es wurde bald jedes Jahr eine neue Schule gebaut, insbesondere in den Arbeitervororten. Ein erhaltenes Beispiel ist die Schule an der Fischerhuder/Ritterhuder Straße mit 32 Klassenräumen. Das Bauprinzip blieb das gleiche. Da die Arbeiterklasse oft in einem schlechten hygienischen und gesundheitlichen Zustand war, wurde viel Wert auf Duschen und Turnhallen gelegt. Nicht alle Eltern – insbesondere aus der unteren Mittelschicht – wollten ihre Kinder in die staatlichen Freischulen schicken. Für sie wurde die »entgeltliche Volksschule« eingerichtet – mit dem selben Lehrplan und den selben Bauprinzipien wie die Freischulen (ein Beispiel ist die Schule an der Lessingstraße).

Ein ganz anderer Bautyp entstand nach 1871 an der Dechanatstraße: das Alte Gymnasium (heute Musikhochschule). Es war die Schule der gebildeten Oberschicht, die vorher im Katharinenkloster untergebracht war. Hörsäle, eine Aula und eine Sternwarte gehörten zu dem schlossähnlichen Bau. Mädchen waren in dieser Lehranstalt nicht vorgesehen. Die höheren Töchter gingen in die Privatschule von A. Kippenberg am Wall oder in andere private Institute. Erst 1916 wurden mit der Kleinen Helle und 1928 mit der Langen Reihe staatliche höhere Schulen für Mädchen eingerichtet. Dies war Bestand-

teil eines Ausbaus der »höheren Bildung", der schon um 1900 eingesetzt hatte. Es gab zunehmenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften im technischen und kaufmännischen Bereich sowie in der Verwaltung. Es wurden »Realschulen« und »Oberrealschulen« eingerichtet. Der Waller Ring, die Hermann-Böse-Straße, der Barkhof und der Leibnizplatz sind Exemplare dieses Bautyps.
Bremen konnte sich all diese Bauserien leisten, weil es eine prosperierende Handels- und Industriestadt war. Auch die Lehrerausbildung wurde ausgeweitet, wovon heute noch das 1897 gebaute Lehrerseminar an der Hamburger Straße (heute Gymnasium) zeugt. Das 1912 eingerichtete Lehrerinnenseminar an der Karlstraße musste in den 80er Jahren dem Parkhaus am Hillmannplatz weichen.
Neue, individualisierende pädagogische Ansätze wurden im Volksschulbereich von einer Gruppe junger Absolventen des Lehrerseminars (u.a. von Fritz Gansberg) entwickelt. Diese hatten aber erst nach 1918 eine Chance auf Realisierung. Die erste »Versuchsschule« als reformpädagogische Angebotsschule entstand an der Schleswiger Straße, zwei weitere wurden in Gebäuden der späten Kaiserzeit untergebracht, die während des ersten Weltkriegs »auf Halde« lagen: an der Helgolander und der Stader Straße. Die in diesen neuen Schulen praktizierte Unterrichtsgestaltung stieß sich oft hart mit den vorgefundenen räumlichen Bedingungen. Neubauten gab es in der Weimarer Republik nur als Ausnahmen, wie die Schaumburger und die Delmestraße. Sie entfernten sich äußerlich deutlich vom kaiserzeitlichen Modell, ohne dass ein neues Schulkonzept dahinter stand.

Schulbau nach 1945 unter dem Einfluss der Reformpädagogik

Von den 150 Schulgebäuden, die Bremen 1939 hatte, waren nach dem Kriege 48 völlig zerstört und 72 mehr oder weniger schwer beschädigt. Nur 30 blieben verschont, überwiegend in den Randgebieten. Der Schulbau musste unter schwierigen Bedingungen neu beginnen. Schulpolitisches und pädagogisches Leitbild waren in der neuen Bildungsbehörde die »Einheitsschule« und die »Erziehung zur Demokratie«. Unter Leitung des ehemaligen Versuchsschullehrers Wilhelm Berger wurde hier in den folgenden 20 Jahren ein Schulbaukonzept von überregionaler Bedeutung entwickelt und realisiert. Es wurde durch Reisen nach Skandinavien und in die USA und mit einer Ausstellung im Rathaus vorbereitet.
Statt der alten »Schulkasernen« waren aufgelockerte Bauten vorgesehen. Die quadratischen Klassenräume waren zweiseitig belichtet und belüftbar und hatten Nebenräume. Statt Geschossbauten gab es Flachbauten. Im Zentrum stand der »Marktplatz«, ein Ort der Begegnung, der als Eingangs- und Pausenhalle diente und für Versammlungen und Veranstaltungen genutzt werden konnte. Statt der Schulbänke gab es bewegliches Mobiliar. Aus den Klassen war ein leichter Zugang zu den begrünten Außenflächen möglich. Es waren Werk- und Musikräume, Bibliotheken und Turnhallen eingeplant. Die Schule war mit »Kunst am Bau« gestaltet und sollte Mittelpunkt des Quartiers sein.
Bis Mitte der sechziger Jahre wurden nach diesen Grundgedanken über 60 neue Schulen gebaut. Frühe Beispiele sind die Schulen Borchshöhe, Habenhausen, Rablinghausen und Auf den Heuen. Später wurde das Schulgebäude in Pavillons aufgelöst, wie In der Vahr, am Halmerweg und an der Philipp-Reis-Straße. Beim Bau des ersten neuen Gymnasiums an der Parsevalstraße wurde das Konzept um einen Turm mit Fachräumen erweitert (siehe auch am Weidedamm und an der Kurt-Schumacher-Allee).
Ein Unikat stellt das Berufsbildungszentrum dar. Es wurde von den USA finanziert und 1954 nach den Plänen einer Architektengruppe fertig gestellt. In seiner Dimension ist es stark vom Gedanken der Zentralisierung geprägt.

Schule an der Gottfried-Menken-Straße

Gesamtschule West vor dem Abriss

Die Millionenjahrgänge und die Bildungskatastrophe

Die Geburtsjahrgänge 1961 bis 1969 waren mit über einer Mio. die stärksten in der Geschichte der Bundesrepublik. 1964 wurde der »Bildungsnotstand« ausgerufen. Schulen wurden jetzt in schneller Folge industriell gefertigt. Die Bau-Prinzipien der Berger-Ära traten in den Hintergrund. Da gleichzeitig ab 1975 die Stufenschule eingeführt wurde, blieben die Grundschulen häufig in den alten Volksschulen zurück, während die Sek-I-Zentren in die neuen, technisch ausgestatteten Gebäude zogen. Die Schulgebäude wurden immer größer und kompakter. Die beiden neuen Gesamtschulen, GSO und GSW, waren um 1970 die auffälligsten Bauten. Neue Elemente, die insbesondere in der GSW zum Tragen kamen, waren Neonbeleuchtung und Klimaanlage, Teppichboden und Sichtbeton. Diese Schulen waren achtzügige Massenschulen, deren bauliche Nachteile im Laufe der Zeit immer deutlicher hervortraten. Wegen gesundheitlicher Belastungen musste die GSW schließlich abgerissen und neu errichtet werden. Das damals größte Schulzentrum der Sekundarstufe II stand am Holter Feld. Es musste wegen eines Vertrages mit Daimler-Benz in den 90er Jahren ebenfalls abgerissen werden. Das jüngste damals gebaute Sek.-II-Zentrum am Rübekamp war der erste Versuch, vom Modell der industriell gefertigten Massenschule abzurücken und Elemente aus der Berger-Ära wieder aufzunehmen.

Sek.-II-Zentrum am Holter Feld vor dem Abriss

Die Gegenwart: Sanierung und Ausbau

Von 1980 bis 1990 sank die Zahl der SchülerInnen von über 100000 auf ca. 70000, um bis heute etwa auf diesem Stand zu bleiben. Neue Schulen wurden nur noch in Ausnahmefällen gebaut (Pfälzer Weg, Borgfeld West). Im Mittelpunkt standen die Sanierung der riesigen Baumasse, die Ausstattung der alten Gebäude mit neuer Technik, Energieeinsparung, Umgestaltung der Schulhöfe und der Ausbau zu Ganztagsschulen. Hier sind bei der Umgestaltung der Altbauten viel Phantasie und ausreichende Mittel gefragt. Darin wird auch in den kommenden Jahren der Schwerpunkt liegen.

Literatur:

Wilhelm Berger:
Schulbau heute für morgen.
Göttingen 1960

Eberhard Syring:
Bremen und seine Bauten 1950–1979
Bremen 2014

Antje Waterholter:
Wir machen Schule
Bremen 2008

Ende eines Dienstgespräches

Peter Grothe

■ »Wir werden Sie so lange hospitieren, bis Sie Unterricht machen, der den Schülern Spaß und Freude macht.« Das waren die abschließenden Worte eines Bremer Schulleiters in einem dienstlichen Gespräch mit einem Kollegen. Anlass des Gespräches war die schlechte Notengebung in einem naturwissenschaftlichen Fach der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe einer Bremer Gesamtschule.

Dass in den letzten Jahren die Lern- und Leistungsbereitschaft von Schülerinnen und Schülern besonders in der gymnasialen Oberstufe nachgelassen hat, ist mittlerweile mehrheitlicher Konsens unter Pädagogen. Dass aber Kolleginnen und Kollegen gedrängt, wenn nicht gar genötigt werden, ihre Benotungspraxis dieser Entwicklung anzupassen, ist relativ neu.

Nur die Noten zählen

Genau so muss die oben stehende Drohung aufgefasst werden. Der Schulleiter im beschriebenen Fall hat sich nicht die geringste Mühe gemacht, die Qualität des erteilten Unterrichts in irgendeiner Weise zu untersuchen, geschweige denn überhaupt dafür Interesse zu zeigen. Für ihn zählte nur das Ergebnis in Form der Benotung.

Die Fachinhalte in der gymnasialen Oberstufe sind durch Lehrpläne und die Bildungsstandards der KMK genau geregelt. Seit Jahren wird das Pensum, dass es bis zum Zentralabitur zu bewältigen gilt, nicht mehr ordentlich erfüllt. Zusätzlich fehlen elementare Grundlagen aus der Primar- und Sekundarstufe I, die dort ebenfalls nicht mehr nachhaltig vermittelt werden können, weil die Zeit fehlt, die Arbeitsbelastung stark zugenommen hat, die Unterrichtsmittel nicht ausreichen und zunehmend der Umgang mit schwierigen Kindern kostbare Unterrichtszeit fordert, weil die Umsetzung der Inklusion mit unzureichenden Ressourcen vorangetrieben werden soll.

Die Rolle des Lehrers hat sich vom Wissensvermittler hin zum Sozialpädagogen und Lernberater entwickelt. Die Inhalte der Lehrpläne sind von dieser Entwicklung weitgehend unberührt geblieben. Vor diesem Hintergrund gilt aber immer noch, dass die Noten Ausdruck der von den Schülerinnen und Schülern erbrachten Leistungen abbilden sollen.

Schülerleistungen schön zu rechnen nutzt vielleicht dem Ruf der Schule, nicht aber Schülerinnen und Schülern, deren rudimentäres Wissen letztlich dazu führt, dass sie den angestrebten Abschluss nicht schaffen, ein begonnenes Studium frühzeitig beenden müssen oder eine Lehrstelle nicht bekommen, weil sie beim Eignungstest des Ausbildungsbetriebes durchfallen.

Disziplinierungsversuch

Man erkennt schnell, dass das oben beschriebene, dienstliche Gespräch zweierlei Ziele verfolgt. Einerseits soll in einer Situation, in der die Schulen einer gnadenlosen Konkurrenz um Anwahlzahlen untereinander ausgesetzt sind, über die Notenpraxis der Ruf der Schule verbessert werden, andererseits werden Kolleginnen und Kollegen, die nicht bereit sind dieser Strömung zu folgen, diszipliniert.

Häufig werden derartige dienstliche Gespräche im Schulleiterzimmer ohne Zeugen unter vier Augen geführt. Auch werden diese Gespräche nicht immer mit dem nötigen Respekt geführt. Eine wie im Beispiel vom Schulleiter aufgebaute Drohkulisse kann zu einer enormen psychischen Belastung führen und auf Dauer krank machen. Ein solches unkollegiales und unprofessionelles Vorgehen von Schulleitungen muss sich niemand gefallen lassen!

Was kann man tun?

In erster Linie ist die kollegiale Solidarität gefragt. Gespräche, die von Schulleitungen nicht mit dem nötigen Respekt, unsachlich und unkollegial geführt werden, müssen im Kollegium öffentlich gemacht werden. Ist ein problematisches dienstliches Gespräch zu erwarten, ist es unbedingt ratsam eine/n Vertrauenskollege/in hinzuzuziehen und das Gespräch detailliert zu protokollieren. Dieses Vorgehen ist für spätere Auseinandersetzungen sehr hilfreich.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Einrichtung und Inanspruchnahme eines Personalausschusses, dessen Aufgabe, u.a. die Beratung und Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen bei Gesprächen mit der Schulleitung ist.

Ebenso wichtig ist die Mitgliedschaft in der GEW, um dort, neben den gewerkschaftlichen Beratungsangeboten auch kostenfrei juristische Unterstützung in Anspruch nehmen zu können.

Hilfe vom Personalrat

Eine GEW-Betriebsgruppe, die sich regelmäßig trifft, kann dafür sorgen, dass schulintern Probleme ausgetauscht werden und dass über gemeinsame Vorgehensweisen beraten werden kann.

Ist der Konflikt mit der Schulleitung schulintern nicht zu lösen, sollte unbedingt die Hilfe und Unterstützung des Personalrates in Anspruch genommen werden.

Kommt regelmäßig zu den Vertrauensleutetreffen der GEW, berichtet von Unregelmäßigkeiten und Ungerechtigkeiten, die Ihr in Eurem Schulalltag erlebt, und teilt so Eure Erfahrungen mit denen anderer Schulen. Nur so können wir langfristig unsere Situation verbessern und Schule wieder besser und demokratischer machen.

Schließlich: Zum Glück gibt es in Bremen auch andere Schulleiterinnen und Schulleiter als den autoritär und selbstherrlich agierenden Schuldirektor im genannten Beispiel.

03.06.2015

Peter Grothe
Stadtverbandsvorstand

Zur Situation der Honorarkräfte in der Weiterbildung

Hajo Kuckero

Hajo Kuchero
... und Kursleiterrat der VHS

■ In der Weiterbildung (VHS, Bildungswerke, …) arbeitet der größte Teil der Beschäftigten nicht als festangestellte Dozenten sondern als »freie« Honorarkräfte ohne Arbeitnehmerstatus. An der VHS Bremen müssen alleine rund 900 DozentInnen als Honorarkräfte arbeiten.

1.) Was Honorarkräfte nicht erhalten

Honorarkräfte erhalten im Unterschied zu angestellten Kräften:

- keine Bezahlung des Urlaubs,
- keine Bezahlung von Feiertagen,
- keine Bezahlung von Krankheitstagen,
- keine Bezahlung von Bildungsurlaubstagen,
- kein Weihnachtsgeld,
- kein Urlaubsgeld,
- keine Rentenversicherung,
- keine Krankenversicherung,
- keine Pflegeversicherung,
- keine Arbeitslosenversicherung,
- keine betriebliche Altersversorgung.

Diese Arbeitgeber-Kosten belaufen sich schon ohne Bildungsurlaub auf mehr als 40% zusätzlich zum Bruttolohn (Sozialversicherungsanteil ca. 19%, Krankentage ca. 5%, Urlaubs- und Feiertage ca. 13%, Sonderzahlungen 5-8%).

Diese Kosten – die bei ArbeitnehmerInnen gesetzlich vorgeschrieben die Arbeitgeber ganz oder hälftig tragen – müssen die Honorarkräfte selber tragen.

2.) Honorar

Das Honorar pro Unterrichtsstunde beträgt bei der VHS Bremen nur 19 Euro. Eine Unterrichtsstunde erfordert in der Regel durchschnittlich mindestens noch einmal die gleiche Zeit für Vor- und Nachbereitung, Verwaltungs- und andere zusätzliche Arbeiten (siehe LehrerInnenarbeitszeit Sekundarstufe II: 25 Unterrichtstunden (a´45 Minuten = 18,75 Std.) entsprechen einer Arbeitszeit von 46,7 Zeit-Std., also sogar einer Relation 1 Unterrichtstunde = 1,87 Zeitstunden Arbeit). Zusätzliche Fahrzeiten zwischen den Kursen sind hierbei noch nicht eingerechnet. Dementsprechend ist bei durchschnittlich 1,5 Zeitstunden Arbeit pro Unterrichtsstunde tatsächlich maximal von einem Honorar von 12, 67 Euro pro Zeitstunde Arbeit auszugehen, bei 1,87 Zeitstunden pro Unterrichtsstunde wie bei den Sek.II-LehrerInnen sogar nur von 10,16 Euro pro Zeitstunde Arbeit. Bei Berücksichtigung der üblicherweise vom Arbeitgeber zu tragenden Kosten (s.o.) von rund 40% des Arbeitnehmer-Bruttogehaltes würden die 12,67 Euro einen Stundenlohn von 9,05 Euro brutto bedeuten also – knapp über dem bremischen Landes-Mindestlohn von z.Zt. 8,80 Euro. Bei 10,16 Euro ergibt sich sogar nur ein Brutto-Stundenlohn von 7,25 Euro – also deutlich unter dem Bundes-Mindestlohn von 8,50 Euro!

3.) Gesetzlicher und tarifvertraglicher Schutz

Außerdem entfallen für Honorarkräfte viele gesetzliche und tarifvertragliche Schutzrechte, die nur für ArbeitnehmerInnen gelten, z.B.:

- Kündigungsschutzgesetz,
- Tarifvertrag und Tarifvertragsgesetz,
- Bundesurlaubsgesetz,
- Betriebsverfassungsgesetz / Personalvertretungsgesetz,
- Entgeltfortzahlungsgesetz,
- Elternzeitgesetz,
- Arbeitsgerichte und Arbeitsgerichtsgesetz,
- Teilzeit- und Befristungsgesetz,
- viele Regelungen des Sozialgesetzbuches.

Die Honorarkräfte arbeiten soweit es ihre eigenen Schutzrechte betrifft genaugenommen in einem weitgehend rechtsfreien Raum.

4.) Gesetzliche Interessenvertretung und Mitbestimmung

Daher können die Interessen der DozentInnen auf Honorarbasis auch nicht von einer gesetzlich festgelegten und geschützten Interessenvertretung (Betriebsrat, Personalrat) vertreten werden. Eine gesetzlich geregelte Mitbestimmung über ihre Arbeitsbedingungen – wie bei den ArbeitnehmerInnen – gibt es nicht.

Der »Kursleiterrat« der DozentInnen auf Honoarbasis der VHS Bremen hat entsprechend der »Mitbestimmungsordnung« der VHS Bremen nur sehr geringe, gesetzlich nicht geschützte Informations- und Beteiligungsrechte und damit kaum Einflussmöglichkeiten im Interesse der Honorarbeschäftigten. Der Personalrat der VHS Bremen darf die Interessen der Honorarbeschäftigten nicht vertreten.

Die DozentInnen auf Honorarbasis haben keine adäquate – aber notwendige – gesetzliche Interessenvertretung.

5.) Was folgt daraus?

Die prekäre Situation der Honorarbeschäftigten an der VHS Bremen in anderen Einrichtungen der Weiterbildung muss mindestens schrittweise bzw. mittelfristig verbessert werden! Dabei muss der Kursleiterrat der VHS, die gewählte Interessenvertretung der Honorar-DozentInnen der VHS Bremen einbezogen werden.

impuls

Institut für berufliche Fortbildung

-berufsbegleitende Fortbildung
Bewegungspädagogik: Tanz
Beginn: 18.September 2015

-Fortbildung für Pädagogen
Tanz in der Grundschule
24.-26.08.2015 immer 9:30-13Uhr

www.impuls-bremen.de
fortbildung@impuls-bremen.de
0421/4989494

Vorkurslehrkräfte dringend gesucht

Die Flüchtlingsbeschulung in Bremen ist und bleibt bis auf weiteres eine große Herausforderung für alle Beteiligten

Von Karsten Krüger

■ Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen und professionell betreuen – Bremen versucht derzeit eine große Herausforderung zu meistern. Dass diese Herausforderung nicht klein ist, wird am Beispiel der Unbegleitet Minderjährigen Flüchtlinge (UMF) mehr als deutlich. Von 2010 bis 2014 hat sich die Anzahl dieser jungen Menschen, die im Land Bremen aufgenommen worden sind, mehr als verzehnfacht. Aktuell sind in Bremen Neuzugänge von 60-80 UMF pro Monat zu verzeichnen. Diese Tendenz wird nach Einschätzung von Experten mindestens in diesem Jahr anhalten. Um diese Herausforderung zu stemmen, müssen Unterkünfte organisiert, Krankheiten bekämpft und auch die Beschulung von Flüchtlingskindern und -jugendlichen organisiert werden.

Letzteres ist vor allem Aufgabe der Bildungssenatorin. Das Konzept der Behörde ist angesichts der oft schwierigen Situation für den Großteil der Flüchtlinge mehr als ambitioniert. »Solider Spracherwerb, eine schnelle Integration in eine Regelklasse und eine Orientierung in Ausbildung und Studium«, so die grundlegenden Ziele des Konzeptes. Die jungen Menschen erleben, wenn sie nach Bremen kommen, aber völlig neue gesellschaftliche Verhältnisse, müssen sich in einer fremden Umgebung orientieren, unter Menschen, die oft nichts über ihre persönlichen Schicksale wissen und deren Sprache sie nicht verstehen. Der Verein Fluchtraum Bremen merkt an, dass es »momentan viel zu wenig Ausbildungs- und Beschulungsangebote für Flüchtlinge gibt.

Die Bildungsbehörde berichtet, dass mittlerweile und aktuell 90 Vorkurse an 68 Schulen eingerichtet sind. Insgesamt werden darin 1110 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Sprecherin Christina Selzer verspricht, dass nach Bedarf weitere Kurse organisiert werden. Und dass zusätzliche Vorklassen auch im neuen Schuljahr benötigt werden, ist für Ümit Zerdali, Fachbereichsleiter für interkulturelle Bildung an der Allgemeinen Berufsschule (ABS), gar keine Frage: »Derzeit werden bremenweit monatlich zwei neue Vorkurse eingerichtet. Ab September werden es wohl drei pro Monat sein.« Die ABS in Walle ist Pionier bei der Beschulung von Flüchtlingen. Seit 28 Jahren werden dort Migranten und Flüchtlinge beschult, derzeit sind sieben Vorkurse organisiert, dazu kommen mehr als zehn Sprachlernklassen.

Das größte Problem bei der Einrichtung eines Vorkurses ist neben der Organisation eines geeigneten Schulstandortes das Finden von professionellem Lehrpersonal. Die Behörde findet zwar nach eigenen Angaben bisher ausreichend geeignetes Personal. Geeignet heißt in diesem Fall Zweites Staatsexamen und eine Qualifikation »Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache«. Aber an einigen Schulen mit Vorkursen kann man festestellen, dass nicht alle Lehrkräfte über die erwünschten Grundqualifikationen verfügen. »Vor allem bei den Kolleginnen und Kollegen, die über die Stadtteilschule eingestellt sind, ist dies der Fall. Bei uns an der ABS unterrichten vier der sieben Vorkurslehrkräfte ohne zweites Examen«, sagt Zerdali. Lehrkräfte fehlen aber nicht nur an den Schulen, auch andere Bildungsträger wie zum Beispiel die Volkshochschulen suchen dringend Personal.

Dass ein schneller Schulbesuch enorme Vorteile für die Flüchtlinge bringt, ist bei allen Beteiligten unbestritten. Schule und Unterricht bringt oft wohltuende Ablenkung, Herausforderung und bietet einen Ort der Begegnung und sinnvolle Perspektive in einem. Zerdali wünscht sich mehr Zuweisung von Ressourcen durch die Behörde für die Leitung, Verwaltung und Steuerung. »Die Oranisation aller Vorklassen müsste unter einer Regie, am besten zentral in der Behörde, erfolgen.« Und er hat einen weiteren Wunsch: für eine schnellere Aufnahme der Flüchtlinge in den Schulbetrieb ist es notwendig, dass die Erstaufnahmeeinrichtungen die Daten der Flüchtlinge schneller an die Schulen melden: »Im Moment vergehen etwa sechs bis acht Wochen bis zum Beratungstermin und weitere sechs Wochen bis zur Einschulung. Es wäre für die Beschulung sehr wichtig, wenn die Klärung des Aufenthalts, die Altersfeststellung, Gesundheitsuntersuchung und die bleibende Unterkunft zügig erfolgt.«

Ein Schritt in Richtung »Schnelle Beschulung« ist bei der Bildungsbehörde in Arbeit. Behördensprecherin Selzer berichtet über »den Aufbau einer zentralen Schule für junge Flüchtlinge, die sich noch in der Erstaufnahmeeinrichtung befinden und denen deshalb noch kein Platz an einer Schule zugewiesen werden kann.«

Diese jugendlichen Flüchtlinge haben einen Schulplatz in einem Vorkurs an der Schule Theodor-Billroth-Straße ergattert. Ex-Bildungssenatorin Eva Quante-Brandt hat sich persönlich über ihre Lernfortschritte informiert.

Schäfchen im Trockenen?

Ingo Mittrowann

■ »Ich will nen Cowboy als Mann«, sang Gitte 1963. Die schöne Pension eines Beamten bei der Bundesbahn reizte sie eher wenig. Bahnbeamte sind inzwischen fast ausgestorben und an den Pensionen wurde heftig herumreformiert. Davon und warum das insbesondere junge Kolleginnen betrifft, soll im folgenden die Rede sein.

Rentnertreff Ende 2014

Die gute Nachricht: Bremen übernimmt die Regelungen für die Beamtenbesoldung und -versorgung aus NRW. Wir bekommen also mehr Geld.

Zur Erinnerung: Die Tarifverhandlungen 2013 wurden auf der Arbeitgeberseite von Karoline Linnert geführt. Der Tarifabschluss für 2013/14 wurde von ihr unterzeichnet. Dann hatte sie aber die sparsame Idee, diesen nur zum Teil umzusetzen. Die Beamten der Besoldungsgruppen ab A13 sollten dabei ganz draußen bleiben (Nullrunden). Sie kamen im »Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge vom 25. Juni 2013« einfach nicht vor. Die gleiche Idee hatte man in NRW. Der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen erklärte die entsprechenden gesetzlichen Regelungen allerdings am 1. Juli 2014 für verfassungswidrig. Eine Änderung des Gesetzes musste also her. Wie in NRW, so in HB. Hier wurde es am 25.11.2014 verkündet und trat rückwirkend zum 1. Mai 2013 in Kraft. Die nun anstehende Nachzahlung weckte bei uns Erinnerungen an das Weihnachtsgeld, das es früher einmal gab.

Der Wermutstropfen: Bei den Versorgungsbezügen (Pensionen) sollten 0,2% abgezogen werden. Sei's drum. Wir sind mit unseren Pensionen recht gut versorgt. Obwohl: Worauf sich diese 0,2% bezogen, wusste keiner so genau. Dafür kam ein Verdacht auf. Es ist zwar nicht viel, aber es wurde womöglich ein Tor für neue Kürzungen geöffnet. Man müsste sie im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen betrachten. Die bereits erfolgten und beschlossenen Veränderungen müssten griffig dargestellt werden. Leicht gesagt. Na gut: Rein ins Internet und recherchieren. Das ganze Zeugs ordnen, verstehen, sortieren und in eine Übersicht bringen. Als Rentner hat man ja Zeit. Das Ergebnis hat uns dann ziemlich schockiert.

Zur Vorgehensweise: Als Referenzperson haben wir eine A13erin gewählt, die im Alter von 63 Jahren in den Ruhestand eintritt und dann 35 Dienstjahre abgeleistet hat. Anzunehmen, die Kolleginnen würden im Normalfall zukünftig bis 67 durchhalten und 40 Dienstjahre schaffen, halten wir für ziemlich unrealistisch. Die Höhe der Pension (Bruttoruhegehalt) haben wir mit dem Endgehalt von 2014 errechnet und dabei verschiedene Regelungen herangezogen. So kann man direkt erkennen, welche Auswirkungen Gesetzesänderungen im Portemonnaie haben. Drei dieser Ergebnisse sind in der Tabelle dargestellt.

Regelungen von	Eintrittsalter/ Regelalter	Ruhegehaltssatz	Ruhegehalt	Versorgungsabschlag*)	Sonderzahlung pro Monat **)	Bruttoruhegehalt im Monat
1992	63/65	75%	3535,84 €	-	+ 392,87 €	3928,71 €
2014	63/65+4	62,78%	3382,62 €	8,1%	- 239,74 €	2719,99 €
2027	63/67	62,78%	2959,73 €	14,4%	- 487,10 €	2472,63 €
					Differenz 2027 gegenüber 1992	-1456,08 €

*) Anzahl der Monate zwischen Eintritts- und Regelalter mal 0,3%.

**) Weihnachts- und Urlaubsgeld verteilt auf 12 Monate. In Bremen gibt es für A13er keine Sonderzahlungen mehr.

Das heißt: Eine Kollegin, die 2027 im Alter von 63 Jahren nach 35 Dienstjahren in den Ruhestand geht, würde nach heutigem Stand 1456,08 € oder 58% mehr bekommen, wenn es die sogenannten Reformen seit 1992 nicht gegeben hätte. Aktuell sind es immerhin schon satte 44 %.

Kürzungen und soziale Demontage wurden und werden uns als Reformen verkauft. Dabei wurden das Regelalter und die erforderliche Anzahl der Dienstjahre heraufgesetzt, die Anrechnungszeiten für die Ausbildung herabgesetzt, der Höchstsatz des Ruhegehaltes gesenkt, Sonderzahlungen gekürzt oder ganz abgeschafft und so weiter. Inzwischen hat jedes Bundesland – der Föderalismusreform sei Dank – eigene Regelungen mit z.T. erheblichen Unterschieden. Hinzu kommen weitere einkommensmindernde Maßnahmen wie Kürzungen bzw. Streichungen bei der Beihilfe, Kürzungen bei der Hinterbliebenenversorgung usw. Klar, anderen sozialen Gruppen geht es nicht anders. Dadurch wird es aber weder besser noch richtig. Gemeinsame Betroffenheit sollte gemeinsame Gegenwehr bewirken (Altsprech: solidarisches Handeln).

Bei den 0,2% – Kürzungen (s.o.), die ursprünglich unser Misstrauen geweckt hatten, liegt die Sache anders als von uns vermutet. Es handelt sich nicht um eine einmalige Kürzung der Erhöhung. Sie bleiben uns erhalten. Genauer: Die sogenannten ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge werden bei A13ern jetzt jedes Jahr mit dem Faktor 0,99803 multipliziert. Dafür wurde in das »Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 in der Freien Hansestadt Bremen« vom 25. Juni 2013 bei der Neuregelung vom 25. November 2014 in §4 ein 5. Absatz eingefügt.

Der Faktor geht auf den Paragraphen 14a des Bundesbesoldungsgesetzes zurück und soll der Bildung von Versorgungsrücklagen dienen. Das wäre ja immerhin etwas, wenn es denn

Fortsetzung auf Seite 23

Quellen:
Beamtenversorgung in Bund und Ländern, Deutscher Beamten Wirtschaftsring e.V.
Gesetzestexte

i.A. der Pensionärsgruppe Bremerhaven

Wie kam ich zur Personalratsarbeit?

Dorothea Schulz

■ Bevor ich mich für die PR-Arbeit interessierte, war ich nur sporadisch in der GEW aktiv und hatte meine eng begrenzte Zeit und Energie für innerschulische Belange, auch für Arbeitnehmerinteressen, eingesetzt. Allerdings hatte ich während der Ausübung meines 1. Berufes viel Gewerkschafts- und Frauenarbeit gemacht.

Als ich zur Erkenntnis kam, dass meine schulischen Bemühungen wenig bewirkten, entschloss ich mich für einen Sitz im PR zu kandidieren – selbstverständlich als Arbeitnehmerin und in Schule beschäftigt auf der GEW-Liste. Personalrätin? Warum?

»Daran können wir nichts ändern! Beschwerden, Veränderungsvorschläge, das kostet doch viel Zeit und bringt gar nichts!« Diese oder ähnliche Äußerungen wollte ich nicht mehr akzeptieren. Können KollegInnen oder ein ganzes Kollegium überhaupt keine Kritik weiterleiten oder (konstruktive) Vorschläge Entscheidungsträgern zukommen lassen und Verbesserungen herbeiführen? Mich frustrierte dieser Zustand zusehends und ich wollte so nicht mehr weitermachen. Sollte ich in ein anderes Bundesland wechseln oder sogar eine andere Arbeit suchen? Nein!

Auch früher schon hatte ich meinen »Institutionen- und Berufs-« Frust aktiv mit Hilfe meiner damaligen Gewerkschaft ÖTV als Vertrauensfrau im Allgemeinen Sozialdienst (mein Erstberuf ist Sozialpädagogin) und später mit der GEW im Ausbildungspersonalrat während des Referendariats und als 1. Frauenbeauftragte bei der Landesfeuerwehrschule kanalisiert.

Als ich dann von meiner Betriebsgruppensprecherin vor der vorletzten Personalratswahl angesprochen wurde, ob ich kandidieren wolle, hat es bei mir nicht mehr all zu lange mit einer Entscheidung für den PR gedauert.

Inzwischen bin ich seit zweieinhalb Jahren Vorsitzende. Auch in dieser Position laufe ich bei so manchem Anliegen gegen »Betonmauern«, Aber: in der Funktion als Personalrätin kann ich Anliegen, Forderungen, Kritiken bei den Verantwortlichen vortragen und oft auch diskutieren.

Schwierige Themen sind oft durch mangelnde Ressourcen bedingt und sind deshalb so schwierig. Sie bedürfen eines langen Atems bzw. sind auch mal erfolglos. Aber es gibt auch viele Anliegen, wo ich bzw. »meine PersonalrätInnen« sehr wohl Einfluss nehmen können und »Erfolge« erzielen. Gerade bei individuellen Angelegenheiten, wie bei Wiedereingliederungen, gefährdeten Probezeiten, persönliche Schwierigkeiten am Arbeitsplatz, Eingruppierung bzw. Erfahrungsstufen u.v.a.m., können wir immer wieder unterstützen und bessere Bedingungen aushandeln. Auch hilft es KollegInnen oft schon, dass ich zuhöre und eine schwierige Situation bespreche und evtl. Wege zu Verbesserungen aufzeigen kann bzw. bei (schwierigen) Dienstgesprächen meine Begleitung anbiete.

Warum bin ich als Personalrätin in der GEW?

Besonders im Vorstand und später als Vorsitzende des PRs ist eine enge Zusammenarbeit mit meiner Gewerkschaft notwendig und hilfreich. Notwendig, da viele Fragen und Probleme, die in der täglichen Arbeit auftreten, nicht oder nur zum Teil durch unsere Unterstützung und Initiative geklärt werden können. Im PR können wir uns für KollegInnen einsetzen, wenn z.B. die Wiedereingliederung nach längerer Erkrankung gestaltet werden muss. Geht es aber um die bekannterweise strukturelle Überlastung und dadurch verursachten Erkrankungen kann ich als GEWerkschafterin dies in die GEW hineintragen und versuchen, es zum Thema auf Stadt-, Landes- oder Bundesebene zu machen und politische Forderungen aufzustellen, notfalls auch Protestmaßnahmen mit planen und durchzuführen. Dies ist ein demokratischer Prozess – nicht immer kann ich ausreichend MitstreiterInnen finden, aber ohne GEWerkschaft stünde ich alleine da. Hilfreich ist die GEW in vielfältiger Weise:

So führen wir gemeinsame Seminare durch (z.B. für NeuanfängerInnen, Personalausschussmitglieder etc.), bzw. wir bekommen für unsere konkrete PR-Arbeit gute Fortbildungen angeboten, die nichts oder wenig kosten. Als Vorsitzende kann ich nur eines sagen: die GEW hilft mir sehr und die Mitgliedschaft hat sich vielfach bezahlt gemacht.

Und ganz zum Schluss: Die GEW und die GEW-Fraktion im Personalrat braucht aktive MitstreiterInnen. Meldet euch bei den GEW-Stadtverbänden oder bei der GEW-Fraktion des Personalrates, wenn ihr aktiv mitarbeiten wollt!

Dorothea Schulz
Personalratsvorsitzende in Bremerhaven

Fortsetzung von Seite 22

stimmt. Er könnte sich aber auch als weiteres Instrument für einkommenssenkende Maßnahmen entpuppen, wenn wir nicht aufpassen.

Was lernen wir daraus? Z.B., dass

- Gitte vielleicht doch recht hatte, weil die Zeit der schönen Pension nicht nur bei der Bundesbahn vorbei ist.
- die durch die Agenda 2010 verschärfte und beschleunigte Umverteilungspolitik längerfristig auch Berufsgruppen trifft, die heute noch relativ gut dastehen.
- ganz offensichtlich nicht mehr gilt, was vielleicht noch galt, als wir Pensionäre am Anfang unserer Laufbahn standen: Beamter? Alles paletti ! Zukunft gesichert.
- junge Kolleginnen, wenn sie auch später noch ein Auskommen mit dem Einkommen haben wollen, bessere Regelungen für ihre gesetzliche Altersversorgung brauchen.
- die Übernahme von Tarifabschlüssen für Beamte und Versorgungsempfänger nicht nur in Wahljahren selbstverständlich sein muss.
- Pensionäre und aktive Kolleginnen sich gemeinsam für gute Tarifabschlüsse einsetzen müssen, weil es dabei um das Einkommen beider Gruppen geht.

Inklusion in Bremerhaven

Erfahrungen und Forderungen

■ **BLZ:** In Bremerhaven ist bei der Einführung der Inklusion einiges anders gemacht worden, als in Bremen. So hattet ihr ein Vorlaufjahr. Und die SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf wurden nicht in sog. Inklusionsklassen zusammengefasst sondern auf die Klassen verteilt.

Elke Suhr: Ich war im ersten Jahr in der Oberschule als Sonderpädagogin in drei fünften Klassen tätig. Wir hatten damals noch bezahlte Arbeitszeit, um uns mit KollegInnen auszutauschen und Material vorzubereiten. Eine Team-Zeit zu haben, war besonders wichtig, gerade weil wir in Bremerhaven die Kinder auf die verschiedenen Klassen verteilt haben. Ich hatte zwei Stunden Kooperationszeit. Später waren diese Zeiten dann nicht mehr da.

BLZ: Bei der Planung sollten in den Klassen zwei Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufgenommen werden und es sollte einen Reserveplatz geben. Pro Förderkind sollten vier Stunden zusätzlich zugewiesen werden. Wie hat sich das seitdem entwickelt?

Elke Suhr: Die drei Plätze sind überall schnell ausgeschöpft worden. Und in vielen Einzugsgebieten ist es auch bei den drei Kindern nicht geblieben. Die vorgesehenen Plätze reichten nicht.

Ute Mittrowann: Im Primarbereich sieht das noch einmal anders aus. Die Kinder als Erstklässler mit einem Stempel zu versehen und gegebenenfalls aus unserem Stadtteil in andere Schulen zu schicken, weil bei uns die Förderplätze nicht ausreichen, widerspricht unserem Ansatz in der Arbeit. Das wäre wiederum Separation. Wir statuieren die Kinder jetzt nicht mehr, aber es muss festgestellt werden, wer Förderbedarf hat. Wir bekommen eine Grundzuweisung aufgrund der Annahmen über den durchschnittlichen Förderbedarf und geltender Sozialindikatoren. Seit zwei Jahren wird versprochen, die Sozialindikatoren zu überarbeiten. An einigen Standorten haben wir viel zu wenig Stunden. Aber das war vorher auch schon so. Es wird weiterhin nicht das aufgegriffen, was sich an den Schulen ereignet. Es geht nicht nur um Kinder mit Förderbedarf im Bereich Lernen, sondern auch um Zuwanderer, Sprachanfänger und sozial-emotionale Probleme – schlicht um die Inklusion aller Kinder.

Bernd Winkelmann: In der Oberschule gibt es jetzt auch eine pauschalierte Zuweisung pro Klasse von 8,5 Stunden (wir haben ja keine »Inklusionsklassen«). Das ist im Grunde eine Kürzung von 12 (wie ursprünglich vorgesehen bei drei »statuierten« Jugendlichen) auf 8,5.

Ute Mittrowann: Wir werden im nächsten Schuljahr für unsere 12 Klassenverbände 60 Stunden bekommen. Die Frage bleibt dabei, ob das auch real abgedeckt wird. Wir sind im Minus.

Inga von Hagen: Bremerhaven ist händeringend am Suchen. Und das betrifft besonders den Primarbereich.

BLZ: Nimmt Bremerhaven auch an der Weiterbildung Inklusive Pädagogik teil?

Bernd Winkelmann: Bremerhaven hatte ein eigenes Programm; drei Jahre lang im Umfang von 14 Stellen zusammen mit der Universität Oldenburg. In Bremen zog sich der Beginn zu lange hin. Bremerhaven hat mit eigenen Mitteln 42 KollegInnen weitergebildet. Dennoch ist der Bedarf weiterhin riesengroß.

Ute Mittrowann: Während der Weiterbildung haben die Schulen oft das Problem, dass es keinen Ersatz für die Freistellungen gibt, weil keine Menschen dafür da sind. Wir haben insgesamt ein Bewerberproblem.

BLZ: Wie geht Bremerhaven mit SchülerInnen mit sehr starken Verhaltensauffälligkeiten um?

Elke Suhr: Ich arbeite in einer schulersetzenden Maßnahme des REBUZ. Für die Grundschulen gibt es zwei Standorte, in denen je acht Kinder für zwei Jahre teilnehmen. Es gibt dafür lange Wartezeiten. Sie bekommen auch Regelunterricht, aber der Schwerpunkt liegt beim Verhalten in der Gruppe. Die Hoffnung ist, dass sie das, was sie bei uns gelernt haben, auch mit zurück in die Regelklassen nehmen. Die ersten gehen jetzt in die Oberschule über. Kritisch muss gesehen werden, dass die Maßnahmen zu sehr von den Herkunftsschulen abgekoppelt sind. Die Lücken im kognitiven Bereich, die vorher schon da waren, sind bei der Rückkehr in die Schule noch größer. Es gibt einzelne Kinder, die relativ schnell wieder den Anschluss bekommen, aber viele haben dann aufgrund der neu entstandenen Lücken Förderbedarf im Bereich Lernen.

Christine Carstens: Wir haben in der Sek. I die verschiedensten Verhaltensauffälligkeiten. In dieser Altersstufe gibt es dann andere Angebote. Es gibt in extremen Fällen die Tageskliniken, es gibt den »Zeitraum", die »Auszeit« und den »Strohhalm". Alle diese Maßnahmen sind schulersetzend. Sie machen meist Projektarbeit in kleinen Gruppen. Das Problem ist, einen Platz zu bekommen.

Ute Mittrowann: Nicht alle Maßnahmen werden über das REBUZ vermittelt, sondern auch über das Jugendamt oder den Arzt. Nur an der »Tagesschule« ist das REBUZ unmittelbar beteiligt. Und bis dahin bleiben die Kinder mit unzureichender Unterstützung an den Schulen. Das kann oft ein Jahr lang sein.

Bernd Winkelmann: Und dann gibt es noch die Werkstattschule mit besonderen Maßnahmen nach der achten Klasse.

Ute Mittrowann: In den höheren Jahrgängen mit ihrem Fachlehrersystem ist es schwieriger, diese SchülerInnen aufzufangen. In vielen Grundschulen haben wir jahrgangsübergreifende Klassen mit besseren Möglichkeiten. Dabei behindern uns zum Teil Maßnahmen der Bildungsbehörde. Allein die neuen Zeugnisse sind sehr irritierend.

Inga von Hagen: Wir erzählen den Kindern, dass es auf ihre eigene Entwicklung ankommt, und dann füllen wir diese Zeugnisse aus, bei denen sie am sogenannten Regelstandard gemessen werden. Das ist total kontraproduktiv.

BLZ: In Bremerhaven haben ja alle Pädagogischen MitarbeiterInnen ein Einstellungsangebot im öffentlichen Dienst bekommen. Wie sieht es eigentlich mit deren Qualifizierung der für die Inklusion aus?

Elke Suhr: Die Pädagogischen MitarbeiterInnen haben noch ein Minimum an Vorbereitungszeiten und Fortbildungen. Aber es gibt auch noch die Honorarkräfte, die für wenig Geld seit sieben Jahren dabei sind. Der Pool ist inzwischen aufgebraucht, weil es wenige gibt, die für so geringes Geld Kurse anbieten wollen.

Ute Mittrowann: Uns liegt am Herzen, dass eine Evaluation des ganzen Prozesses stattfindet. Kann man unter den Bedingungen, die jetzt herrschen, die Qualität halten? Viele KollegInnen, die sich sehr engagiert haben, kommen an ihre Grenzen. Wir mussten in diesem Jahr schon zum ersten Mal wegen des Krankenstandes die Unterrichtszeit verkürzen.

BLZ: Hat sich aus eurer Sicht das Prinzip bewährt, die Kinder mit Förderbedarf auf die verschiedenen Klassen zu verteilen und nicht in einer Klasse zu konzentrieren?

Christine Carstens: Ich finde, dass sich die Binnendifferenzierung bewährt hat. Und die Kinder profitieren voneinander – sozial und kognitiv. Man braucht, um es gut zu machen, mehr Unterstützung. Ohne Unterstützung werde ich oft vor Fragen gestellt, die ich nicht beantworten kann, weil ich nicht dafür ausgebildet bin. Manchmal muss ich Dinge im Internet nachsehen, weil ich noch nie davon gehört habe. Bei den Sprachanfängerklassen gibt es am Anfang eine gewisse Notwendigkeit, aber auch diese Kinder müssen schnell in die Regelklassen integriert werden.

Inga von Hagen: Das sonderpädagogische Fachwissen darf nicht verloren gehen. Ich bin begeistert, wie viel die Kinder voneinander lernen, habe aber gleichzeitig den Eindruck, dass wir ständig darum kämpfen, die Kinder durch den Tag zu bringen und habe Angst, dass uns noch mehr an Kapazitäten weggenommen wird.

BLZ: Durch die Schließung des Studienganges Behindertenpädagogik fehlt eine ganze Studierendengeneration.

Elke Suhr: Wir hatten im Referendariat auch viele KollegInnen aus anderen Bundesländern, aber die sind danach fast alle wieder in ihre Länder zurück gegangen.

Bernd Winkelmann: Hinsichtlich der Ausbildung in der ersten Phase benötigen wir dringend eine Steigerung des Stellenwertes der LehrerInnenausbildung, z.B. kann »inklusive Pädagogik« derzeit nicht für die Sekundarstufen studiert werden. So etwas wirkt sich in den Schulen negativ aus.

BLZ: Zum Schluss: Wenn jede(r) einen Wunsch frei hätte, was wäre im Moment das Dringlichste?

Ute Mittrowann: Dass alle Kinder eines Stadtteils gemeinsam die Schule besuchen und individuell genügend gefördert werden können. Das geht nur mit gut ausgebildetem und ausreichendem Personal. Und was wir geleistet haben und noch leisten, muss stärker anerkannt werden.

Inga von Hagen: Dass diejenigen, die politisch entscheiden, die Dringlichkeit der Lage erkennen. Wir laufen noch, sind aber schon über den Rand des Abgrundes hinaus. Da muss jemand eine Bohle darunter schieben, sonst stürzen wir ab.

Christine Carstens: Dass sich die verschiedenen Institutionen, mit denen wir zu tun haben – also Schulstufen, Jugendamt, Schulamt usw. – besser vernetzen und gemeinsam überlegen, was getan werden kann. Das wäre im Moment realistisch.

An dem BLZ-Gespräch nahmen am 25.06.2015 teil (von links): Christine Carstens (Ernst-Reuter-Schule, Sek. I) Ute Mittrowann (Leiterin der Marktschule, Primarstufe) Inga von Hagen (Friedrich-Ebert-Schule, Primarstufe, Bereich Wahrnehmung und Entwicklung), Elke Suhr (REBUZ, Schulergänzende Maßnahmen) sowie Bernd Winkelmann (Stadtverbandssprecher und Landesvorstandssprecher)

Elke Suhr: Von der guten Fee mehr Doppelbesetzungen.

Bernd Winkelmann: Ich wünsche mir weiterhin eine kampfstarke Gewerkschaft, die durchsetzungsfähig ist, weil wir dringend ein Personalentwicklungskonzept einschließlich einer Arbeitszeitregelung brauchen. Die gegenwärtige Arbeitslast ist nicht zu bewältigen.

BLZ: Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Jürgen Burger

Ein Buch von Ed Patrick Schreiner im PapyRossa Verlag

Unterwerfung als Freiheit

Leben im Neoliberalismus

■ Die 1970er Jahre gelten mit dem Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse (Bretton Woods-System) im Jahr 1973, der Weltwirtschaftskrise 1974/75 und der damit erfolgenden Rückkehr der Massenarbeitslosigkeit als ökonomischer Wendepunkt der Nachkriegszeit. Wurde bis dahin der Wohlfahrtsstaat ausgebaut und auf eine aktive Konjunktursteuerung gesetzt, so gerieten sozialstaatliche Regulierungen nun zunehmend unter Druck: Staatliche Tätigkeit wurde als grundlegend ineffizient gegenüber Marktprozessen bewertet, und vermeintlich zu hohe Löhne galten fortan als Bremse für Investitionen. Die internationalen Finanzmärkte wurden mit dem Versprechen einer so erreichbaren optimalen Kapitalallokation – das heißt: Kapitel fließt ohne Schranken in seine besten Verwendungsmöglichkeiten und schafft so ein größtmögliches Wachstum – dereguliert. Diese wirtschaftspolitische Neuorientierung wird als Wendung hin zum Neoliberalismus bezeichnet.

Der Neoliberalismus ist dabei mehr als eine wirtschaftspolitische Orientierung: Er versteht sich auch als gesellschaftspolitische Ideologie, deren Ziel die Durchsetzung marktwirtschaftlicher Ordnungsprinzipien in Alltag und Gesellschaft war und ist.

Das Buch »Unterwerfung als Freiheit. Leben im Neoliberalismus« von Patrick Schreiner setzt sich kritisch mit den Mechanismen dieser Verankerung neoliberaler Ideologien im Bewusstsein der Menschen auseinander. Der Autor wirft mithin keine ökonomische Fragestellung auf – etwa die Frage, welche neoliberalen Ideen und Vorstellungen die Wirtschaftspolitik dominieren und welche ökonomischen Folgen sie haben. Seine Fragestellung ist vielmehr eine politikwissenschaftlich-soziologische: Wie werden die Menschen zu neoliberalen Subjekten – »zu Menschen also, die etwa marktkonform, wettbewerbsfähig, selbstdiszipliniert, anpassungsbereit, flexibel, egoistisch, aktiv und unternehmerisch sind, sein wollen oder sein sollen; zu Menschen, für die Selbstthematisierung, Selbstoptimierung und Selbstdarstellung eine selbstverständliche und alltägliche Freude sind oder zumindest sein sollen« (S. 32).

Konkret widmet sich Schreiner kritisch den alltäglichen und auf den ersten Blick oft unpolitischen Mechanismen, durch die neoliberales Denken und Handeln als angemessen und alternativlos erscheint: Stark durchdrungen durch den Neoliberalismus ist etwa der Bildungsbereich (S. 33 ff.). So trete die Frage, was Wissen in einer demokratisch verfassten Gesellschaft bedeutet, in den Hintergrund, während Kompetenzen zur flexiblen Wissensaneignung immer wichtiger werden. Naturwissenschaftliches und technisches Wissen genießt gesellschaftlich einen Vorrang gegenüber geistes- und sozialwissenschaftlichem. In die Bildungspolitik selbst haben Marktprinzipien Einzug gehalten, was insbesondere für die Hochschulbildung gilt: Die Lernenden werden als Konsumentinnen und Konsumenten von Bildungsdienstleistungen verstanden. Lernen wird so zur »Arbeit an sich selbst, Gestalten eines eigenen Profils an Kompetenzen und Fertigkeiten, mit denen die Bedürfnisse von Unternehmen bzw. ‚Märkten' befriedigt werden.« (S. 39) In diesem Zusammenhang zeigt Schreiner auch den neoliberalen Gehalt der Aussage »Bildungspolitik ist die bessere Sozialpolitik« auf: Diese Einschätzung beruht bekanntlich auf der Aussage, dass gut ausgebildete Menschen höhere Gehälter beziehen und weniger von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Diese Argumentation ist aber nicht schlüssig: So werden viele Menschen trotz guter Ausbildung schlecht bezahlt, und bestimmte soziale Gruppen wie Menschen mit Behinderung werden am Arbeitsmarkt systematisch ausgegrenzt. Gleichwohl lässt sich die soziale Frage auf diese Weise individualisieren: Wer seine Bildungschancen nicht nutzt, erscheint als selbst schuld an der eigenen Situation.

In seiner unmittelbarsten Form wird neoliberales Denken von Ratgeber- und Management-Literatur vermittelt – die Kernbotschaft lautet: »Jeder und jede kann ‚es schaffen', … solange man nur an sich und den eigenen Erfolg glaube, motiviert sei und Leistung bringe« (S. 48). Gesellschaftliche Verhältnisse und Rahmenbedingungen werden ausgeblendet, genauso wie die Tatsache, dass Anstrengungen und Bemühungen nicht automatisch und immer zum Erfolg führen.

Auch für Seifenopern, Sport, Castingshows und einiges mehr kann Schreiner Anknüpfungspunkte neoliberalen Denkens aufzeigen. Immer geht es darum, Menschen der Erwartung auszusetzen, »sich permanent selbst zu thematisieren, darzustellen und zu vermarkten. Sie sollen sich als aktiv und attraktiv, als flexibel und anpassungsfähig, als unternehmerisch und wettbewerbsfähig erweisen. Diesem Zweck sollen wiederum Bildung und sportliche Fitness, Soziale Netzwerke und Konsum, Ratgeberliteratur und Esoterik gleichermaßen dienen« (S. 105).

Patrick Schreiner, der beim DGB in Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt arbeitet, einen lesenswerten Blog (www.annotazioni.de) betreibt und unter anderem regelmäßig auf den NachDenkSeiten schreibt, hat ein ausgesprochen interessantes Buch verfasst: Unterwerfung als Freiheit zeigt, wie weit die neoliberale Ideologie mittlerweile in Alltag und Gesellschaft vorgedrungen ist und in welchem Umfang neoliberales Denken jenseits ökonomischer Debatten gesellschaftlich verankert und handlungsleitend wirkt. Deutlich wird dadurch, dass eine Auseinandersetzung mit neoliberalen Politikkonzepten auch jenseits von ökonomischen Theorien und Wirtschaftspolitik geführt werden muss.

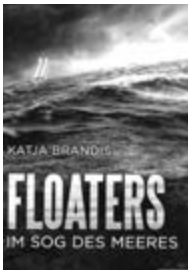
Wer sich kritisch mit dem Neoliberalismus auseinandersetzen will, kommt an diesem Buch, das ausgesprochen gut und leicht lesbar geschrieben ist, nicht vorbei. Es ist die beste Grundlage, um die nach wie vor ungebrochene Hegemonie des Neoliberalismus zu verstehen.

Kai Eicker-Wolf

Buchtipps Juli/August 2015 Ferien: Zeit zum Lesen, Lesen, Lesen …

Der Kampf um Rohstoffe tobt – mitten im Ozean

Katja Brandes
Floaters
Im Sog des Meeres
Beltz, Weinheim 2015, 17,95 €



2030: Mitten im Pazifik befindet sich ein gigantischer Teppich aus Plastik. Der Milliardär Benjamin Lesser will diesen Müllstrudel recyceln. Mit an Bord seines Spezialschiffes sind die Zwillinge Danílo und Malika, die nach bestandenem Abitur der Müllkippe im Meer den Kampf ansagen wollen. Doch Plastik ist im leergefischten Meer ein begehrtes Gut und so sind die Umweltaktivisten nicht die einzigen im Müllstrudel: »Floaters«, Meeresnomaden aus armen Ländern sind genauso auf der Suche nach verwertbaren Rohstoffen wie große Industrieschiffe, die vor Ort Plastik billig recyceln und die Giftstoffe direkt ins Meer pumpen. Gefährlich werden schließlich skrupellose Piraten, die Lessers Schiff angreifen und Teile der Crew auf eine alte Bohrinsel verschleppen.
Einen packender Ökothriller über den Plastikmüllstrudel als eine zentrale Bedrohung unseres Ökosystems geschrieben. Geschickt verwebt die Expertin Wissenswertes zu einem hochaktuellen Thema mit einer abenteuerlichen Piratengeschichte der etwas anderen Art.
Der Beltz-Verlag unterstützt eine Spendenaktion für das Projekt «The Ocean Cleanup". Näheres: Wir wollen mehr fürs Meer tun.

Indonesien: Tiefe Einsichten in ein zerrissenes Land

Andrea Irata
Die Regenbogentruppe
Hanser, Berlin 2013 (13. Auflage), 19,90 €

In seinem autobiografischen Roman erzählt der indonesische Schriftsteller, wie Ikal seinen Weg macht – von der indonesischen Dorfschule über das Studium in Paris und Sheffield zum gefeierten Schriftsteller. Dabei liegt der Zauber in den mit Liebe gezeichneten Personen: Jeder der zehn Mitschüler erwacht zu eigenem Leben, allen voran Lintang, das mathematische Genie und Mahar, der Künstler und angehende Schamane der Klasse. Andrea Irata schwor sich als Kind, «dass ich eines Tages, wenn ich erwachsen wäre, ein Buch schreiben würde, um unserer Lehrerin für alles was sie für uns tat, zu danken." Aus diese m Schwur ist einer der wichtigsten Romane Südostasiens entstanden: Das Buch wurde allein in Indonesiens 5 Millionen mal verkauft.

»Das Buch liest sich wie das weibliche Gegenstück zu Wolfgang Herrndorfs ›Tschick‹ …« (rbb kulturradio)

Kirsten Fuchs
Mädchenmeute
Rowohlt, Berlin 2015, 19,95 €

Nur widerwillig fährt Charlotte Nowak, fünfzehn und sehr schüchtern, mit sieben anderen Mädchen ins Sommerferiencamp. Doch ist dort alles anders als erwartet: Dinge verschwinden, und als eines Morgens die Gruppenleiterin ausrastet, flüchten die Mädchen, klauen ein Auto und fahren ins Erzgebirge, wo eine von ihnen einen alten Stollen kennt. Hier schlagen sie sich durch immer aufregendere und schönere Sommertage zwischen Waldabenteuern und nächtlichen Streifzügen zu Supermarkt-Containern. Doch irgendwann holt die Außenwelt die Mädchen wieder ein. Die Schriftstellerin schildert mit Direktheit und großer Wärme die Ängste und Hoffnun-

In Frankreich blüht die Großfamilie

Annika Joeres
Vive la famille
Was wir von den Franzosen übers Familienglück lernen können
Herder, Freiburg 2015, 16,99 €
»Glückliche Eltern haben glückliche Kinder.« So viel Überzeugung weckt Neugier. »Basta« scheint die Autorin dieser so leichtfüßig anmutenden These hinzuzufügen, die gleich einem Mantra ihr ganzes Buch durchzieht. Schön und gut: bevor nämlich das Glück bei Eltern und Kindern einziehen kann, müssen diese erst einmal erschaffen werden, Und genau dazu möchte Annika Joerres uns Deutsche auf französische Art verführen: »Vive la famille« heißt ihr Zauberspruch. Fortpflanzungsfreude braucht das Land, womit es bei uns bekanntlich eher hapert. Doch da, wo viele Deutsche im fortpflanzungsfähigen Alter die Finanzierbarkeit des »Unternehmens Familie« voller Anstrengung errechnen, appelliert die Autorin an ihre Landsleute, einen Blick nach Frankreich zu werfen, nicht nur ihre Wahlheimat, sondern auch geburtenfreudigstes Land Europas.
Das französische Kind erscheint in allen Lebenslagen als eigenständiges, respektiertes Wesen, verpflichtet aber auch zu Respekt gegenüber den Bedürfnissen seiner Eltern. So ist es nicht Zentrum der Familie, sondern gleichwertiges Mitglied. Und das von Anfang an. Mit Essen um sich werfende Kleinkinder sind daher in französischen Restaurants Seltenheit. Die Akzeptanz der Mütter wäre in einem solchen Fall auch nicht gegeben, denn französische Mütter sehen sich in erster Linie als emanzipierte Frauen mit eigenständigem Leben. »Weg also mit euren kompliziert ausgefeilten und endlos verkopften Überlegungen in Sachen Nachwuchs« scheint der augenzwinkernde Appell an uns zu sein. In der Tat sind Annika Joerres Beobachtungen in Form von Anekdoten amüsant erzählt, wenn auch eingebettet in zähe Klischees. Doch überzeugen sie durch eine gewisse Leichtigkeit, die sich auch im Erzählstil spiegelt. Allerdings blickt die Autorin dabei leider nicht über den Tellerrand ihres kleinen erlesenen Zirkels von gut verdienenden Akademikern hinaus. Sonst würden auch diejenigen zwar geburtenfreudigen aber durch Arbeitslosigkeit und Prekarität momentan nicht so glücklichen Franzosen in ihrem Buch zu Wort kommen. Und von denen gibt es immer mehr. Auch richtet sich ihr Blick allein auf Familien mit Kleinkindern und die diesem Alter entsprechenden Institutionen. So ist ihre Darstellung trotz umfangreicher Recherche und Bezug auf wissenschaftliche Erkenntnisse zum Thema nicht differenziert genug, scheint ihr »Mantra« fast naiv und kurzsichtig. Doch hat das Buch wohl nicht den Anspruch einer objektiven Sozialstudie. Auch wer eine fundierte Analyse des deutschen Fortpflanzungsdebakels erwartet, wird eher enttäuscht. Vielmehr handelt es sich um einen einseitigenen Einblick in Joerres ganz persönliches Umfeld, unterstrichen durch Ich Perspektive und Tagebuchstil. Doch tauchen wir auch ein in eine Welt entspannter Lebensart, eben diesem aus französischen Filmen bekannten Hauch von Leichtigkeit, undenkbar für Franzosen ohne das Beisein von Kindern. »Vive la famille«.

Regine Krause, Bremerin,
in Bordeaux lebend

gen und alles, was zu jeder neuentdeckten Freiheit dazugehört.

Ein Lebensmittel wird verramscht

Sarah Zierul
Billig – Billiger – Banane
Wie unsere Supermärkte die Welt verramschen
oekom-verlag, München 2015, 17,95 €

»Die wahre ›Bananenrepublik‹ liegt heute nicht mehr in Lateinamerika, sondern in Europa – vor allem in Deutschland«, ist Sarah Zierul überzeugt. Über eine Million Tonnen Bananen essen wir jedes Jahr, ein Drittel des gesamten EU-Bananenimports landet auf heimischen Ladentischen. Doch während hierzulande mit den Waren aus dem globalen Süden gut verdient wird, werden in Ländern wie Costa Rica oder Ecuador Naturparadiese zerstört, Arbeiterrechte mit Füßen getreten und die Gesundheit der Anwohner gefährdet. Das Buch liefert Insider-Informationen und fundierte Einblicke in das System des deutschen Discount- und Supermarkthandels. Die Banane steht dabei stellvertretend für viele Lebensmittel und Waren, die unter hohem Aufwand erzeugt werden und teils weite Reisen hinter sich haben, ehe sie bei uns auf dem Tisch landen.

Ein Politikprogramm jenseits des Wachstums

Serge Latouche
Es reicht!
Abrechnung mit dem Wachstumswahns
oekom-verlag, München 2015,14,95 €

Leise Töne sind seine Sache nicht, auch nicht im Alter von über 70 Jahren. Ex-Präsident Sarkozy verglich seine Degrowthbewegung Décroissance schon einmal mit Terrorismus – zu Unrecht, denn gewaltsame Veränderungen sind Serge Latouche fremd. Was er hingegen liebt, ist die wortstarke Provokation, und so fordert er in seinem Buch nichts anderes als eine radikale »Absage an die Religion der Ökonomie«. »Degrowth oder Barbarei« – so kommentiert der Autor den unbequemen Stand der Dinge und legt in seinem Buch eine akribische Begründung dieser Parole vor. Dabei geht es um weit mehr als eine wachstumskritische Reinterpretation des Nachhaltigkeitsbegriffs. Wachstumskritik bedeutet für Latouche immer auch, sich gegen ein wirtschaftliches Gesamtsystem aufzulehnen, das auf nicht gerechtfertigter Bereicherung beruht. »Es reicht!« plädiert nachdrücklich für einen politischen und wirtschaftlichen Mix aus Schrumpfung und Regionalisierung sowie die Übertragung aller echten Kosten auf die Verursacher »ökologischer und sozialer Funktionsstörungen«, die Unternehmen.

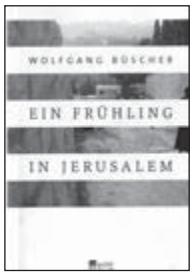
Zeit leben, nicht managen

Karlheinz A. Geissler/Jonas Geissler
Time is honey
Vom klugen Umgang mit der Zeit
oekom-Verlag, München 2015, 17,95 €

Zeitdruck, Zeitmangel, die Zeit, die den Menschen davonläuft – lange schien es, als gäbe es ein einfaches Rezept gegen diese Probleme: Zeitmanagement. In ihrem neuen Buch räumen die renommierten Zeitforscher und -trainer Karlheinz A. und Jonas Geißler mit diesem Mythos auf: »Zeit kann man nicht sparen, managen oder verlieren. Man kann mit der Zeit nur eines machen: sie leben!" Die Autoren setzen der herrschenden Zeit-ist-Geld-Logik eine andere Sichtweise entgegen. Das Buch setzt gegen den steten Zwang, Zeit zu managen und zu optimieren, und ist ein Plädoyer dafür, die Zeit als Freundin zu entdecken. »Bessere Zeiten«, das sind nach Meinung der Autoren jene Zeiten, die es nicht notwendig machen, in den Urlaub zu flüchten, um die Zeit leben, lieben und genießen zu können. Es sind Zeiten, in denen die Schnellen nicht die Besseren und Erfolgreicheren und die Langsamen nicht die Verlierer sind. Doch wie können wir lernen, die schönen und angenehmen Aspekte der Zeit wahrzunehmen und zu schätzen? Welche unterschiedlichen Zeitmuster gibt es? Wie werden wir wirklich zeitkompetent? Das Buch gibt jede Menge Inspirationen zu diesen Fragestellungen und viele wertvolle Anregungen für einen souveränen Umgang mit der Zeit.

Auf fast zweitausend Jahre alten Spuren

Wolfgang Büscher
Ein Frühling in Jerusalem
Rowohlt, Berlin 2014, 19,95 €
TB 9,99 €, E-Book 16,99 €
Wolfgang Büscher in Jerusalem: Zwei Monate hat er in der Altstadt gelebt, erst in



einem arabischen Hostel am Jaffator, dann in einem griechischen Konvent aus der Kreuzritterzeit. Schon in den ersten Jahrhunderten nach Christus gingen Europäer nach Jerusalem, um eine Weile zu bleiben oder sogar ganz. Büscher bewegt sich durch die Räume, den Widerhall dieser zweitausend Jahre. Ein Ort, aufgeladen mit Religion, Prophetie, Politik. Früh um fünf auf dem Ölberg stehend, kann man es hören und sehen – erst die Muezzins, dann die Glocken, dann das erste Sonnenlicht auf der goldenen Kuppel des Felsendoms. In all das taucht Büscher ein. Er hört Jerusalem zu, nimmt seine Bilder und Stimmen auf, dringt immer tiefer ein in die Geheimnisse der Stadt. Verbringt die Tage im arabischen, christlichen, jüdischen Viertel, in den halbdunklen Gassen und Souks, auf der Via Dolorosa, an der Klagemauer und in Gewölben, in denen arabische Männer Kardamomkaffee trinken und Wasserpfeife rauchen. Er läuft durchs Kidrontal, durch den Garten Gethsemane, wandert über das Dach von Jerusalem und lässt sich eine Nacht lang in der Grabeskirche einschließen. Eine einzigartige Reise in eine unerschöpfliche Vergangenheit, in eine faszinierende Gegenwart.

Wer Arbeit will, findet auch Arbeit

Jens Korff
Die dümmsten Sprüche aus Politik, Kultur und Wirtschaft
Und wie Sie gepflegt widersprechen

Westend-Verlag, Frankfurt 2015, 14,99 €
Dogmen oder dumme Sprüche wie »Wer A sagt, muss auch B sagen«, »Kapital ist ein scheues Reh«, »Dazu gibt es keine Alternative« oder »Viel hilft viel« werden gerne benutzt, um Diskussionen zu beenden oder Herrschaftsverhältnisse zu zementieren. Jens Jürgen Korff hat in seinem Buch zahlreiche dieser Dogmen versammelt und zeigt, dass an diesem Punkt die Diskussion eigentlich erst beginnt. Dogmen regieren aber nicht nur in Politik und Wirtschaft, sondern greifen auch ins persönliche Leben ein. Man kann sie nicht widerlegen, weil sie unfundierte Meinungen sind – aber man kann ihnen widersprechen. Der Autor entlarvt »unumstößliche Wahrheiten« als Glaubenssätze und erschüttert das festgefügte Weltbild so manches Betonkopfs mit schlagenden Gegenbeispielen.

Frischluft

■ Bremen kann sich also auf einen Neuanfang freuen. Was sagt denn Herr Sieling dazu: »Mehr Menschen eine Beschäftigung«, »soziale Lage gerade in von Armut bedrohten Stadtteilen verbessern«, »Schulen brauchen mehr Autonomie«, »öffentlichen Dienst modernisieren«, da freue ich mich als Lehrer aus Gröpelingen, gerade frisch in Altersteilzeit. Aber habe ich das nicht alles schon mehrmals bis hundertfach gehört? Gerade las ich den x-ten Armutsbericht und die Reichtumsuhr am DGB-Haus tickert fröhlich vor sich hin, in ungeahnte Reichtumshöhen. Gut, dass man als Politiker nicht konkret werden muss und ein Weserkurierreporter nicht nachfragt, außer bei Currywurst oder Knipp. Es soll also mehr Betriebe geben mit mehr Beschäftigten? Der Leiharbeit wird von Herrn Sieling der Kampf angesagt? Die Stadtteile werden wieder gemischt, Reiche dort angesiedelt, damit die Armut sinkt? So wie es auf dem Stadtwerder und in der Speicherstadt, sorry Überseestadt, geklappt hat? Und für die Schulen winkt die Autonomie? Tolles Beispiel GSO: » Dort hat der Schulleiter eine Lehrkraft dafür gewonnen, dass sie personalwirtschaftliche und organisatorische Assistenz der Schulleitung ist und damit wichtige Steuerungsaufgaben übernimmt.« Das hört sich oberflächlich komisch an. Nachdem die Schulen alle mit tollen Assistenzen im Unterricht und Doppelbesetzung in Inklusionsklassen ausgestattet sind (Scherz!), kommen jetzt die Schulleiter dran und erhalten Assistenzen. Und das machen Lehrkräfte? Als ehemaliger Personalrat für Schulen frage ich mich da, was ist das für eine Funktion? Wie kommt der Kollege dazu neben seinem Unterricht noch dem Schulleiter, ich glaube Jentschke heißt er, persönlich zu assistieren? Und fällt dafür Unterricht aus? Und wieso übernimmt er Steuerungsaufgaben, dafür ist doch die Schulleitung und eventuell Steuergruppen da?! Und stellt er Lehrkräfte ein, nicht mehr die Behörde? Und gibt es Geld bar auf die Hand oder in Tarif-Lohntüten? Und gibt es das Schulverwaltungsgesetz überhaupt noch? Fragen über Fragen, die der Weserkurierreporter leider nicht stellt. Und dann kommt noch ein Vorschlag von Herrn Sieling: »Lieber Leute aus dem Bildungsressort herausnehmen und direkt an die Schulen geben«. Um vielen Besserwissern aus der Behörde mal das Schulleben zu zeigen, dafür wäre es super und ich stimme zu. Aber ich bemitleide die armen SchülerInnen ob ihrer ahnungslosen Zwangslehrkräfte. Und trat nicht die Bildungssenatorin Jürgens-Pieper zurück, weil das Geld nicht reichte. Und hat Herr Bürgermeister in spe, Herr Sieling, diesen, seinen Sechs-Punkte-Plan, schon, besonders mit Frau Quante-Brandt, abgesprochen? Nicht? Kann jeder so vor sich hinplappern und Bürgermeister werden? Dann ist es ja gut. Und morgen erzählen sie euch ein anderes Märchen, ich freue mich schon darauf.

Wilfried Meyer

Fortsetzung von Seite 2/Zeitlupe

den geschlossen. Wer sich's leisten kann, weicht auf teure private Angebote aus. Vor allem die Jugend verlässt zu zehntausenden das Land.

Gibt es eine Lösung?

Die Syriza-Regierung hat darum gekämpft, dass der ständige Aderlass durch die Schuldenbedienung gestoppt wird, die griechische Wirtschaft wieder wachsen kann und Mittel zur Bekämpfung der humanitären Krise bereit gestellt werden dürfen. Das wurde ihr von »den Institutionen« empört verweigert, vorneweg von Deutschland, das einem Schuldenmoratorium (1953) und Marshallplan, seinen Wiederaufstieg in den 50er Jahren verdankt!

Die EU von einer Freihandelszone fürs Kapital zu einer sozialen und demokratischen Vereinigung der Völker zu machen, dazu sind wir alle aufgerufen. Das Traurige ist: Die Not in Griechenland wird anhalten. Die GriechInnen werden mehr als je unsere politische und materielle Unterstützung brauchen. Wie wichtig wäre es z.B., wenn die Krise Griechenlands in den Schulen behandelt würde!

Wir von Sympáthia werden unseren kleinen Beitrag weiter leisten. Infos zu unserer Arbeit nach Anfrage unter gerd.bock@posteo.de

Hier noch der Hinweis auf zwei ganz wichtige Texte im Netz:

1. »Solidarität mit Griechenland – Beilage des Netzwerks »solidarity4all. gr.« im Neuen Deutschland;
2. Varoufakis Interview im Tagesspiegel vom 9.6. »Wir haben rote Linien überschritten«

Private Akutklinik für Psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen
SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!
Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen erfolgreichen und umfassenden psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Zwänge, Essstörungen, Erschöpfungssyndrom („Burn-Out"), Tinnitus
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe
Infos unter Telefon 02861/8000-0
Pröbstinger Allee 14 • 46325 Borken (Münsterland)
Fax 02861/8000-89 • www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

»Sisyphus«
»Es gibt wenig Aufgaben, die der Sisyphus-Qual verwandter sind als die Hausfrauenarbeit.«
Simone de Beauvoir

»Frauen-Power«
»53 Prozent der Wähler sind Frauen. Wir könnten jeden Politiker absetzen, der uns die volle Gleichberechtigung verweigert.«
Shirley Chrisholm

belladonna

www.belladonna-bremen.de
August/September 2015

belladonna hat Sommerpause vom 27.07. – 14.08.2015

30.08.2015, 15.00 Uhr, Führung mit Kunstgespräch: »**Lili Fischer. Landschaften**«. Mit Christine Holzner-Rabe und Monika Brunnmüller.
Die von der Natur inspirierten Arbeiten der Hamburger Künstlerin Lili Fischer korrespondieren mit Landschaftsbildern Paula Modersohn-Beckers. In raumgreifenden Installationen werden hinter Hecken versteckte Igel, übergroße Falter und andere Insekten für Überraschungen sorgen. Im Anschluss an die Führung findet ein angeleitetes Kunstgespräch statt.
Die Veranstaltung ist für Frauen, eine Anmeldung ist erforderlich.
30.09.2015, 19.00 Uhr, Einlass und Empfang, 19.30 Uhr Preisverleihung:

belladonna verleiht zum 9. Mal den Gründerinnenpreis

Dieser Wettbewerb ist mit 5.000 Euro dotiert. Gewonnen hat den Preis eine spannende Jungunternehmerin. Ziel des Wettbewerbs war und ist es, die Existenzgründung von Frauen in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Im Anschluss an die Preisverleihung findet eine Talkrunde statt.

www.belladonna-bremen.de
Info: Tel.: 0421-703534.

AWB

Für Ihre BLZ-Anzeigen:
»Anzeigen Werbung Berghorn«
Tel.: 0421-4919033 Info unter:
www.awb-bremen.de

»Mit Medien Schule gestalten«
Fachtag für Lehrerinnen und Lehrer am 23.09.2015
Digitale Medien prägen die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Internet, Computerspiele, Smartphones und das Sich-Tummeln in Sozialen Netzen sind allgegenwärtig. Doch wie lassen sich die neuen Medien für neue Lernerfahrungen nutzen? Wie können sie selbstgesteuertes und individualisiertes Lernen unterstützen? Wie kann die Unterrichtsqualität mit Hilfe von Medien verbessert werden? Damit PädagogInnen das Lernen mit und über Medien unterstützen können, sind eigene Medienkompetenzen sowie medienpädagogische und mediendidaktische Kompetenzen erforderlich.
Universität Bremen, Akademie für Weiterbildung, Bibliothekstr. 1, 28359 Bremen. Info: Gisela Gründl, **Tel.: 0421-21861613.**
gruendl@uni-bremen.de **www.schule.uni-bremen.de**

Theaterpädagogik
08.09.2015, 17 – 19.00 Uhr, 1. Jour Fixe
17.09.2015, 17.30 Uhr, Vorstellung des Spielplans mit anschließendem Probenbesuch »Das Schloss«, Treffpunkt vor dem Kleinen Haus.
19.09.2015, Tag der Offenen Tür.

MOKS
27.09.2015, 16.00 Uhr, Moks Premiere:»**Wunderbrut**«, 6+ MOKS
29.09.2015, 10.30 Uhr, Moks »**Wunderbrut**«, 6+ MOKS
30.09.2015, 10.30 Uhr, Moks »**Wunderbrut**«, 6+ MOKS
01.10.2015, 10.30 Uhr, Moks »**Wunderbrut**«, 6+ MOKS
02.10.2015, 10.30 Uhr, Moks »**Wunderbrut**«, 6+ MOKS
03.10.2015, 16.00 Uhr, Moks »**Wunderbrut**«, 6+ MOKS
06.10.2015, 20.00 Uhr, Moks »**Ich rufe meine Brüder**«, 14+ MOKS
07.10.2015, 10.30 Uhr, Moks »**Ich rufe meine Brüder**«, 14+ MOKS
08.10.2015, 10.30 Uhr, Moks »**Ich rufe meine Brüder**«, 14+ MOKS
09.10.2015, 10.30 Uhr, Moks »**Ich rufe meine Brüder**«, 14+ MOKS
10.10.2015, 20.00 Uhr, Moks »**Ich rufe meine Brüder**«, 14+ MOKS
13.10.2015, 10.30 Uhr, Moks »**Wunderbrut**«, 6+ MOKS
14.10.2015, 10.30 Uhr, Moks »**Wunderbrut**«, 6+ MOKS
15.10.2015, 10.30 Uhr, Moks »**Wunderbrut**«, 6+ MOKS
16.10.2015, 10.30 Uhr, Moks »**Wunderbrut**«, 6+ MOKS

bremer shakespeare company

»Die Shakespeare Company«
Sommerpause vom 23.07. – 10.09.2015
»Shakespeare im Bürgerpark/Melcherswiese«
17.07.2015, 20.00 Uhr, »**Wie es Will gefällt**«.
Bei schlechtem Wetter hat man Anspruch auf die Vorstellung in der bsc! Bei zweifelhafter Wetterlage erhält man Auskunft telefonisch am Tag der Vorstellung ab 15.00 Uhr (Tel.: 0421-500333). Auskuft auch im internet erhältlich. Empfehlung, um lange Wartezeiten an der Abendkasse im Bürgerpark zu vermeiden: Vorverkauf in der Stadtbibliothek, Am Wall 101. Wer die Vorstellung ausschließlich im Bürgerpark sehen will, hat bei Schlechtwetter keinen Anspruch auf die Vorstellung.
18.07.2015, 18.00 Uhr, »**20 Jahre Shakespeare im Park**«. Zu diesem Jubiläum wird auf der Melcherswiese ein gemeinsames Picknick veranstaltet. Picknick bitte selbst mitbringen oder einen Picknickkorb kostenpflichtig für 2 Personen ordern.
18.07.2015, 21.00 Uhr, »**König Lear**«. Achtung! Nur noch sog. »Schönwetterkarten« – d.h. nur Anspruch auf die Vorstellung bei Schönwetter im Bürgerpark. Wetterauskunft s.o.
19.07.2015, 18.00 Uhr, »**Ein Sommernachtstraum**«. Nur noch »Schönwetterkarten«.
19.07.2015, 19.00 Uhr, »**Fully Female**«. Theaterprojekt mit jungen Frauen. Eintritt frei, keine Reservierung möglich.
20.07.2015, 10.30 Uhr, »**Alice**«. Theater AGs der OS Leibnizplatz. Auch um 19.30 Uhr.
21.07.2015, 10.30 Uhr, »**Alice**«. Theater AGs der OS Leibnizplatz.
22.07.2015, 19.00 Uhr, »**Fully Female**«. Theaterprojekt mit jungen Frauen. Eintritt frei, keine Reservierung möglich.
11.09.2015, 19.00 Uhr, »**Ein Sommernachtstraum**«.
Von William Shakespeare. Gastspiel im Amtsgarten Lilienthal.
12.09.2015, 19.00 Uhr, »**Ein Sommernachtstraum**«.
Von William Shakespeare. Gastspiel im Amtsgarten Lilienthal.

Info: Tel.: 0421-500333.

GEW Landesvorstand Bremen · Bahnhofsplatz 22-28 · 28195 Bremen
Postvertriebsstück · ZKZ 70871 DPAG · Entgelt bezahlt

Regionale Antikriegskonferenz Bremen 2015

05.09.2015, 11:00-17:00 Uhr
Zionsgemeinde, Kornstr. 31, 28201 Bremen
Anmeldung unter bremerfriedensforum.de

Schöne Ferien!

Die BLZ-Redaktion wünscht euch erholsame Wochen.

Stadtverband Bremen

September	
07.09.2015	**Arbeitsgruppe der Seniorinnen und Senioren** 10.00 Uhr GEW Geschäftsstelle
10.09.2015	**Päd. Mitarbeiterinnen** 17.00 Uhr, Personalrat Schulen
24.09.2015	**Inklusive Schule & Sonderpädagogik** 17.00 Uhr, GEW Geschäftstelle
29.09.2015	**AK Berufsbildende Schulen** 17.00-19.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen

Seminare

Aktiv werden in der GEW Bremen
Lust, gemeinsam etwas zu bewegen? Diskussionen und Aktionen für gerechtere Bildung anzustoßen und mit anderen gemeinsam spannende Projekte voranzutreiben, ist unser Mittel gegen Vereinzelung und Frust.
An diesem Nachmittag stellt sich die GEW Bremen vor: Wie tickt die GEW? Wo bietet sich ein Einstieg? Wer sind die Ansprechpartner-innen? Was für aktuelle Themen und Diskussionen gibt's bei der GEW? Eine Veranstaltung in lockerer Atmosphäre, für leckere Snacks und Getränke ist gesorgt.
Dienstag 22.09.2015, 9 – 16 Uhr
Bremen, DGB-Haus, Bahnhofsplatz 22 – 28
Leitung: Frank Hasenbein u.a., kostenlos für GEW-Mitglieder incl. Speis' und Trank

Kanutour (nicht nur) für neue Mitglieder
Gespräche und Infos rund um die GEW, Entspannung auf dem und am Wasser. Eine Möglichkeit, die GEW und nette Leute kennenzulernen.
Für Mitglieder der GEW Bremen / Bremerhaven.
Sonntag 27.09.2015, 10.30 – 17 Uhr
Bremerhaven, Start: HBF Bremerhaven
Leitung: Michael Görlach
Kostenanteil: 10 € incl. Verpfl.
(kostenlos für Neumitglieder)

Seminar für Personalausschüsse
Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Personalausschüsse? Wie sieht die Zusammenarbeit und Abgrenzung mit/zum Personalrat aus?
Wie gehen wir mit Konflikten um? Welche Unterstützung brauchen wir? Anhand von Fallbeispielen werden aktuelle Themen und Probleme der Personalausschüsse diskutiert.
Dienstag 29.09.2015, 9 – 16 Uhr
Bremerhaven, Gewerkschaftshaus,
Hinr.-Schmalfeldt-Str. 31b
Leitung: Ima Drolshagen,
Mitglieder des PR-Schulen
kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder 20 €)

Wie bleibe ich bei Stimme?
Tipps, Theorie und Übungen zum schonenden und effektiven Einsatz der Stimme. Über die Atmung lernen wir, mit stressigen Situationen leichter umzugehen. Wir erhalten persönliche Tipps und Tricks, um unsere Stimme selbst positiv beeinflussen zu können.
Samstag 10.10.2015, 10.30 – 17.30 Uhr
Bremen, Etage Tanz und Bewegung (Nähe HBF)
Leitung: Ekkehard Lampe-Steinhage
Kostenanteil: 10 € incl. Verpflegung (Nicht-Mitglieder 40 €)

50 Plus – Schaffe ich die Arbeit oder schafft sie mich?
Schulentwicklung, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsverdichtungen sind einige der Probleme, die insbesondere älteren KollegInnen zu schaffen machen. In diesem Seminar besteht die Möglichkeit, gemeinsam mit anderen über diese Entwicklungen zu sprechen und kollektive Gestaltungsmöglichkeiten zu entwickeln. Dieses Seminar bietet so konkrete Hilfen, die Belastungen des Arbeitsalltags abzubauen und Kraft zu tanken für den weiteren Berufsweg.
Mi. 04.11.2015, 16 Uhr – Fr. 06.11.2015, 13 Uhr
Bad Zwischenahn, Bildungsstätte Bad Zwischenahn
Leitung: Cornelia Ölund
Kostenanteil: 30 € incl. Ü/V
(Nicht-Mitglieder 100 €)
Kooperationsseminar mit Arbeit und Leben Bremen e.V.

Seminar für Personalausschüsse
Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Personalausschüsse? Wie sieht die Zusammenarbeit und Abgrenzung mit/zum Personalrat aus?
Wie gehen wir mit Konflikten um? Welche Unterstützung brauchen wir? Anhand von Fallbeispielen werden aktuelle Themen und Probleme der Personalausschüsse diskutiert.
Dienstag 10.11.2015, 9 – 16 Uhr
Bremen, DGB-Haus, Bahnhofsplatz 22 – 28
Leitung: Ima Drolshagen, Mitglieder des PR-Schulen, kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder 20 €)